

(Evertz (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, wir werden diesem Problem auf den Grund gehen. Wir werden deutlich machen, daß sich dieser Ministerpräsident an der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen nicht vorbeidrücken kann. Und wir werden in Zukunft - das wird auch in der Öffentlichkeit immer deutlicher - auch nicht weiter zulassen, daß er den an ihn gestellten Fragen ausweicht.

In den letzten Wochen hat sich der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der SPD, Jansen, an die Öffentlichkeit gewandt und gesagt, man müsse sich jetzt mit einem in den Startlöchern befindlichen Kanzlerkandidaten beschäftigen, der die Grundvoraussetzungen für seine Nominierung eigentlich noch nicht erfüllt habe. Er hat formuliert, welche Erwartungen - so wörtlich - "die Nordlichter" an den Kanzlerkandidaten stellen. Dabei hat er ausgeführt:

Wir wollen erstens von ihm wissen, zu welchem Zeitpunkt er endlich die Schnellbrutreakorttechnologie beendet, wir wollen zweitens wissen, ob der Ministerpräsident auf die Inbetriebnahme und den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen verzichtet, wir wollen drittens von ihm wissen, mit welchem Ablaufplan er den Ausstieg aus der Kernenergie einzuleiten gedenkt, und wir wollen viertens wissen, wie er zu einem generellen Tempolimit steht und was er in dieser Frage zu tun beabsichtigt.

- (B) Meine Damen und Herren, das, was Herr Rau darauf geantwortet hat, ist das Übliche, nämlich solche Fragen dürfe man ihm nicht stellen, und in der Art und Weise dürfe man mit einem Kanzlerkandidaten nicht umgehen. - Ein Ausweichen in der Sache, wie wir es hier in Nordrhein-Westfalen erlebt haben, wird diesem Kanzlerkandidaten in der Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet. Die Entwicklung, die wir in den letzten Monaten beobachten, zeigt auf, daß wir es wahrscheinlich nicht mit einem Kanzlerkandidaten, sondern auf lange Sicht mit einem Kanzlerkandidaten-Kandidat zu tun haben.

In diesem Sinne, meine Damen von der SPD-Fraktion, möchte ich Sie bitten, die Lage kritisch zu betrachten und einen Teil der Forderungen, die Herr Rau Ihnen abverlangt, in der Weise zu behandeln, daß Sie auch einmal mit uns gemeinsam die Aufgabe der Kontrolle in diesem Parlament wahrnehmen

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD)
- Weitere Zurufe von der SPD)

und verhindern, daß er sich im zunehmenden Maße der öffentlichen Mittel dieses Staates für

- die Finanzierung von Wahlkampfmaßnahmen der SPD bedient. (C)

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, wir eröffnen jetzt die Runden zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Hier darf ich als erstem Redner Herrn Abg. Stump von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Stump (CDU): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat am vergangenen Mittwoch das Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 eingebracht. Die Einbringungsrede, der wir nach monatelanger Diskussion über unsere Haushaltslage und den kommunalen Verbundsatz erwartungsvoll entgegengesehen haben, wurde zu einer großen Enttäuschung. Sie brachte nichts Neues, lediglich die Rechtfertigung für die verkorkste Finanzlage unseres Landes, stets verbunden mit dem Hinweis, der Bund sei an allem schuld.

Die Rede entsprach der stereotypen Argumentationsweise des Herrn Finanzministers und ebenso der Drohung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, der, wie anlässlich der Aussprache über die Regierungserklärung gesagt, den Bund für jede Mindereinnahme anklagen will.

- Was wir heute hier gehört haben, war nichts anderes; es war ein Aufguß der Argumente der SPD-Fraktion, ohne daß sie den Anspruch erheben dürften, inhaltlich zu überzeugen. (D)

Diese Reaktionen, meine Damen und Herren, sind der Ausdruck sozialdemokratischer Hilflosigkeit als Folge einer gescheiterten Finanzpolitik im Land.

(Schleußer (SPD): Ach, ach!)

Diese Hilflosigkeit wird dadurch noch verdeutlicht, daß die Regierung offenbar nicht fähig ist, eine realistische Einschätzung und, Herr Finanzminister, eine seriöse Bewertung der kommunalen Finanzen vorzunehmen. Statt dessen greift die Regierung zu Rechen- und Zahlentricks, zu Verniedlichungen, zur Vernebelung, und das Ganze endet in einer Flickschusterei.

Die Regierung Rau ist offensichtlich, was die kommunale Finanzausstattung anbetrifft, mit ihrem Latein am Ende!

Meine Damen und Herren, die negative Finanzentwicklung der Gemeinden macht deutlich, daß sich der Ministerpräsident schon seit

(Stump (CDU))

- (A) langer Zeit nicht mehr an seine früher gegebene Zusage hält. Ich erinnere an die Regierungserklärung vom 4. Juni 1980, in der Herr Rau den Gemeinden versprach - ich zitiere -:

Die Leistungen des Landes an die Gemeinden sollen mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt halten.

(Elfring (CDU): Ja, das ist lange her!)

Was damals verheißungsvoll klang, war der Beginn einer finanziellen Talfahrt - im Gleitflug für das Land und im Sturzflug für die Gemeinden.

Die verkündete Schicksalgemeinschaft Land/Gemeinden ist daher zur Zeit für die Kommunen zu einer unerträglichen Belastung geworden.

Meine Damen und Herren, um die tatsächliche Lage der Kommunal Finanzen, die Auswirkungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 und die Fehleinschätzung der Regierung Rau verstehen zu können, stelle ich fest: Das Land Nordrhein-Westfalen hat in der Zeit von 1980 bis 1985 sein Haushaltsvolumen um rund zehn Prozent gesteigert. Im gleichen Zeitraum stiegen die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden - hier meine ich die Leistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz und zusätzliche Etatansätze - nur um 2,4 %. Diese Disparität ist nicht mehr mit dem vom Ministerpräsidenten versprochenen Gleichklang vereinbar. Die Schere öffnet sich weiter zu Lasten der Kommunen - eine Entwicklung, die wir auf das heftigste beklagen. Daher ist diese Regierungszusage in die Rubrik "Worthülsen" einzuordnen.

(B)

Dabei sollte sich der Ministerpräsident daran erinnern, daß er seinen Kommunen gegenüber die Stellung eines unterhaltspflichtigen Vaters hat. In bezug auf den von Bonn voll mitkassierten Finanzanteil der Gemeinden stellt sich deshalb die Frage der eigenen Leistungsfähigkeit nicht.

(Minister Dr. Posser: Das ist aber doch ganz abwegig!)

Um es deutlicher zu sagen: Die Gemeinden werden durch den ersten Teil des Steuersenkungsgesetzes im Jahre 1986 direkt über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und indirekt durch den Steuerverbund zur Mitfinanzierung an der Steuerentlastung zugunsten unserer Bürger beteiligt. Durch die Senkung der Verbundquote nach dem GFG, Herr Finanzminister, überwälzt das Land seinen Anteil an Mindereinnahmen vollständig

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- natürlich, durch die Verbundsatzsenkung - und zusätzlich auf die Kommunen und verändert damit die Verteilung einseitig zu seinen Gunsten, und das bei einer Steuereinnahme, wie wir heute schon hören, von 2 Milliarden DM - trotz Steuersenkungsgesetz! Das ist der eigentliche Skandal bei dieser Geschichte.

(C)

Um wieder im Bild des Familienvaters zu bleiben: Die Absicht der Regierung Rau, aufgrund der weitgehend selbst verschuldeten Finanzlage des Landes den Gemeinden erneut tief in die Taschen greifen zu wollen, stößt auf den Protest der gesamten kommunalen Familie.

Jetzt kommen wir zu dem Begriff der "Taschen"! - Gemeinden haben, Herr Finanzminister, einen gemeinsamen verfassungsgemäßen Anspruch auf einen gerechten und von Stetigkeit geprägten Finanzausgleich. Was sich hier als verfassungsmäßiger Anspruch darstellt, ist immerhin ein Anspruch, den Sie teilweise dadurch reduzieren, daß Sie ihm nicht voll nachkommen.

Dieser Zugriff auf den Anspruch der Gemeinden ist der Griff in die Taschen der Gemeinden. Wenn wir hier in einem Bild, in Symbolik sprechen, müssen Sie sich nicht an Wortklaubereien hängen. Faktisch verhält es sich so, daß Sie den Gemeinden Geld wegnehmen, das ihnen nach der bisherigen Verbundsatzregelung zustehen würde. Ist sich die Regierung Rau eigentlich des Zynismus dieser Begründung bewußt, wenn sie erklärt, sie leide Not und müsse den Gemeinden weniger Geld geben?

(D)

Weil die Gemeinden ernsthaft bis an die Grenze des Substanzverlustes ihres Vermögens und schließlich auch zu Lasten des Arbeitsmarktes gespart haben, sind sie jetzt die Opfer für die Regierungspolitik in Düsseldorf. Auf der anderen Seite genehmigt sich der Ministerpräsident - und ich wiederhole es heute zum dritten Mal, weil man es nicht häufig genug sagen kann - einen Wahlkampfstab in der Staatskanzlei mit zusätzlich 18 Stellen. Wegen dieser Stellen haben Sie heute nie protestiert. Sie lassen das über sich ergehen, weil Sie es durchziehen wollen, und Sie verdoppeln gleichzeitig den Repräsentationsfonds des Ministerpräsidenten. Wieviel Zynismus müssen die Gemeinden als kommunale Familie noch ertragen unter dem Druck des verkürzten Steuerverbundsatzes?!

Die Landesregierung unterläßt es auch nicht, zu behaupten, die für 1986 angestrebte Verbundsatzsenkung führe dennoch zu einer der höchsten Quoten im Bundesgebiet. Auch diese Behauptung ist schlichtweg falsch.

(Stump (CDU))

- (A) Richtig ist, daß die Steuerverbundquoten der Flächenländer mit Ausnahme von Bayern alle bei etwa 23 % liegen, knapp darunter, knapp darüber. Ich stelle fest: Kein vergleichbar großes Flächenland hat in den vergangenen vier Jahren seine Leistungen für die Gemeinden so radikal gekürzt wie das Land Nordrhein-Westfalen. Während sich bei den anderen Bundesländern die Zuweisungen überwiegend weiter nach oben bewegen, geht es mit diesen in Nordrhein-Westfalen weiterhin bergab.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß kein Bundesland so intensiv wie Nordrhein-Westfalen Staatsaufgaben kommunalisiert und damit auch den Gemeinden die Finanzierungslast als Folge ausgabewirksamer Gesetze und Maßnahmen überlassen hat, ohne daß eine verbesserte Finanzausstattung zu Gunsten der Gemeinden erfolgt ist. Wenn das Scheel-Gutachten von 1979 bei dem damaligen Verbundsatzquotenniveau von 28,5 % noch gerade von einer Parität zwischen Aufgabenerfüllung unserer Kommunen und deren Finanzausstattung ausgeht, so kann das, sollte die dritte drastische Verbundsatzsenkung kommen, nicht mehr stimmen. Der immer wieder vorgenommene Vergleich stimmt also vorn und hinten nicht. Bei diesem Vergleich verhält es sich wie bei Äpfeln und Birnen.

Meine Damen und Herren, die Regierung Rau ist mit der gebrochenen Regierungszusage kommunalfeindlich und damit, was die Auswirkungen anbetrifft, auch bürgerfeindlich. Die ständige Mittelverknappung bei den Gemeinden bewirkte in den vergangenen fünf Jahren eine anhaltende Erhöhung der Gebühren, der Entgelte und der Realsteuern in den Kommunen. Allein in dem Zeitraum von nur fünf Jahren wurden die Gebühren im Lande um etwa 50 % erhöht. Dies macht eine Mehrbelastung für die Bürger von etwa 2 Milliarden DM aus. Meine Damen und Herren, wenn ich an dieser Stelle anmerke, daß der Ministerpräsident vor wenigen Wochen in einem Interview gesagt hat, daß die ständigen Gebühren- und Steuererhöhungen sowie die ständigen Nettoeinkommensverluste eine soziale Schande für dieses Land sind, dann ist hier der Widerspruch von Regierungshandeln und vorgegebener Moral festzustellen.

Solidarsteuer, Energiesteuer, Pfennigsteuern und viele andere Steuerarten werden in den letzten Monaten von nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zusätzlich erfunden. Sie sprechen von Pfennigen und prozentualen Abgaben und wollen damit weiter nichts, als den Bürgern unseres Landes anderes und zusätzliches Geld in Milliardenhöhe aus den Taschen zu ziehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Steuersenkungsgesetze zu Gunsten der Bürger und der Wirtschaft, wie sie die CDU will, werden beklagt und verworfen, dem Bürger weitere heimliche Steuererhöhungen zugemutet, insbesondere kinderreichen und einkommensschwachen Familien; denn das ist ja u.a. letztlich die Auswirkung der Ablehnung der Steuersenkungsgesetze. Zusätzlich soll, wie das Herr Farthmann verlangt, eine weitere, zehnprozentige Steuererhöhung für alle Lohn- und Einkommensteuerzahler eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, die Politik der SPD erfolgt nach der Devise: Wenn der Staat das Geld für seine Ausgabewünsche benötigt, dann muß er es den Bürgern nehmen. Sie geht aber auch von der Annahme aus, im Zweifelsfall besser als die Menschen in diesem Lande mit dem Geld umgehen zu können.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen inzwischen besser, wie die Regierung Rau mit dem sauer verdienten Steuergeld unserer Bürger umgegangen ist.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Wir werden deshalb Widerstand leisten, wenn die Sozialdemokraten den Bürger weiter schröpfen wollen. Wir sagen daher ja dazu, daß der Anteil der Lasten aus dem Steuersenkungsgesetz auch von den Gemeinden übernommen wird. Wir verlangen aber auch - und das ist ihr gutes Recht - daß das Land für seinen eigenen Anteil aufkommt und nicht in interner Verrechnung den Ausgleich zu Lasten der Gemeinden herbeiführt.

Meine Damen und Herren, im Kommunalfinanzbericht des Innenministers, der uns vor wenigen Wochen zugeleitet wurde, stellt dieser im Gegensatz zu seiner Rede zum GFG die Finanzlage der Gemeinden kritisch und zugleich erstaunlich korrekt dar. Als dieser Bericht von Mitgliedern der Landesregierung gelesen wurde, beeilten sich die Ministerialbeamten, im Ausschuß für Kommunalpolitik schnell, offensichtlich weisungsgebunden, festzustellen, daß es sich hier nicht um eine Kampfschrift gegen den Finanzminister handele. Es ist aber in der Tat so, weil der Bericht des Innenministers diese Wirkung erzielt. Im Ergebnis stellt nämlich der Fachminister, also Sie, Herr Schnoor, im Kommunalfinanzbericht fest:

1. Die Finanzlage der Gemeinden ist weiterhin schlecht.
2. Den Gemeinden sind vorerst keine weiteren Belastungen zuzumuten.

(C)

(D)

(Stump (CDU))

(A) 3. Die Möglichkeiten von Gebühren- und Steuererhöhungen wurden ausgeschöpft.

Wenn den Gemeinden gleichzeitig bescheinigt wird, daß sie seit 1982 ihre Konsolidierungsbemühungen beständig fortgesetzt haben, dann war das keine Leistung des Landes - um Mißverständnissen vorzubeugen -; das waren ausschließlich die Leistungen der Gemeinden, das war der Erfolg der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Lande. Die Konsolidierungserfolge der Gemeinden, die ohne Hilfe des Landes erzielt wurden, konnten aber nur durch folgende einschneidende, den Bürger und den Arbeitsmarkt belastende Maßnahmen erreicht werden:

1. Die Gebühren, Entgelte und Realsteuern wurden kräftig erhöht.
2. Über Jahre hinweg wurden mittels Stellen einsparungen die Personalausgaben gedrosselt.
3. Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben wurden drastisch zurückgefahren.
4. Viele freiwillige Leistungen, besonders im sozialen Bereich, wurden zurückgenommen.
5. Die Investitionen wurden stark beschnitten.
- (B)** 6. Vielerorts wurden die gebildeten Rücklagen aufgebraucht.
7. Das Anlagevermögen, insbesondere der Grundbesitz, wurde weitgehend veräußert.
8. Der Zins- und Tilgungsdienst wurde durch weniger Ausgaben und Umschuldungen reduziert.
9. Die Folgekosten wurden als Folge der restriktiven Haushaltspolitik begrenzt.
10. Viele Gemeinden konnten dank der ernsthaften Sparsbemühungen nach und nach alle alten Fehlbeträge der Vorjahre weitgehend ausgleichen.

Meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen haben im Zusammenwirken ein Anziehen der Steuerschraube und eine weitere Belastung der Beschäftigungslage im Lande Nordrhein-Westfalen bewirkt. Der krasse Abfall der Investitionsquoten in den kommunalen Haushalten macht diese Entwicklung ebenso deutlich wie auch die Klage der Bauindustrie und des Deutschen Gewerkschafts-

bundes, wie man sie in diesen Tagen lesen konnte. **(C)**

Ich stelle daher mit Bedauern fest: Die Regierung Rau hat mit ihrer gemeindefeindlichen Politik nicht nur den Bürger finanziell belastet, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet. Statt eines der selbst geforderten Beschäftigungsprogramme zu gestalten, hat sie über Jahre hinweg eine anti-beschäftigungswirksame Politik im Lande betrieben und in den Gemeinden verursacht.

Die Konsolidierungsbemühungen der Kommunen, die zu Lasten der Bürger und des Arbeitsmarktes erfolgten, wären noch schlimmer ausgefallen, hätte es nicht in Bonn eine gute Politik gegeben. Ich verweise auf die Fakten, weil an diesem Punkt Sozialdemokraten immer ansetzen zum Lachen. Das hängt aber offensichtlich damit zusammen, daß Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß in Bonn eine gute Politik betrieben wurde, eine Politik, die sogar die Sozialdemokraten - auch die, die hier sitzen - in ihrem eigenen Portemonnaie spüren.

(Eichhorn (SPD): Hör doch auf!)

Erstens sanken die Zinsen von einem hohen Niveau auf teilweise 7 %. Die Preissteigerungsrate fiel von Rekordhöhen auf weit unter 2 %. Die Höhe der Lohn- und Gehaltsabschlüsse konnte mit Hilfe der Tarifpartner vorübergehend begrenzt werden. Die Steuereinnahmen stiegen als Folge einer sich erholenden Wirtschaft. **(D)**

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung hat den Gemeinden geholfen und wird ihnen auch weiter helfen. Wäre es beim Null- oder gar beim Minuswachstum, bei hohen Inflations- und Zinsquoten und galoppierenden Lohn- und Gehaltszuwächsen geblieben,

(Zuruf des Abg. Eichhorn (SPD))

hätten die Gemeinden einen Finanzausgleich nicht mehr sicherstellen können. Das Land selber wäre mit seiner miserablen Finanzlage dem Ruin nahe gewesen. Noch viel weiter gehende, drastische Einsparungen zu Lasten der Gemeinden stünden dann seitens der Landesregierung den Gemeinden ins Haus.

Wenn nun der Innenminister in seinem kommunalen Finanzbericht feststellt - ich zitiere -:

Ohne eine verbesserte Finanzausstattung bleibt die Haushaltskonsolidierung der nordrhein-westfälischen Gemeinden auf halbem Wege stehen

(Stump (CDU))

- (A) dann stimmt die CDU dieser Beurteilung zu. Dann aber, bitte schön, müssen auch die richtigen Taten folgen; aber genau das Gegenteil ist beabsichtigt. Es nützt also gar nichts, wenn sich die Regierung Rau in Sprechblasen übt, dabei vieldeutig bleibt und letztendlich gemeindefeindlich handelt.

Meine Damen und Herren, wer in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, daß die Gemeinden unter dem Druck des langjährigen Sparens bei ihrer vielfältigen Aufgabenwahrnehmung einen großen Nachholbedarf, z. B. im Unterhaltungs- und Personalkostenbereich, haben. Viele Investitionen sind im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik, im Umweltschutz, im Straßen- und Wegebau zu tätigen. Deutlich wurde dies allein an der überwältigenden Reaktion auf das Städtebauförderungsprogramm des Bundes, das hier in Nordrhein-Westfalen von der sozialdemokratischen Landesregierung abredewidrig nicht mit zusätzlichen Mitteln aufgestockt wird; statt dessen fand nur eine Umverteilung innerhalb des Haushalts statt.

(Minister Dr. Posser: Das ist nicht wahr!)

Das Kernstück kommunalfeindlicher Finanzpolitik ist die geplante Verbundsatzsenkung. Noch 1981 betrug der Verbundsatz 28,5 %. Dieser noch gemeindefreundliche Finanzanteil wurde durch die Regierung Rau im Jahre 1982 auf 26,5 % und ein Jahr später schon auf 25,5 % verringert. Es verbot sich natürlich, 1984 erneut zuzulangen; denn da waren Kommunalwahlen. Auch 1985 war kein gutes Jahr für diese Gemeindeschürpfung, denn die Landtagswahl stand an. Nach der Landtagswahl schlägt nun die Regierung doppelt so kräftig zu und senkt den Verbundsatz gleich um 10 % auf 23 v. H. Diese Senkung wird ausreichen, um 1987 wieder einen Schongang einlegen zu können. Warum? Die Bundestagswahl steht an; da darf nichts entschieden werden, was dem SPD-Kanzlerkandidaten schaden könnte. Die Vorhersage der CDU lautet schon heute, daß das Land die Gemeinden im wahlfreien Jahr 1988 wieder in den Würgegriff nehmen wird.

Die Verbundsatzsenkung von 1982 bis heute - und hieran wird die Dimension deutlich - hat eine Minderzuweisung zu Lasten der Gemeinden von rund 5 Milliarden DM bewirkt. Dieser Geldentzug ist nichts anderes als eine Strafsteuer an die Adresse der Gemeinden. Die erneute Verbundsatzsenkung kostet die Gemeinden im kommenden Jahr einen weiteren Einkommensverlust von 1 Milliarde DM. Zusammen mit den Quotenverringerungen seit 1980 führt dies im Jahre 1986 zu Minderein-

nahmen der Gemeinden von 2,1 Milliarden DM. (C)

Meine Damen und Herren, ich will aber auch auf den Rechenrick des Finanzministers hinweisen und diesen hier verurteilen, auch wenn er alle Anstrengungen unternimmt, ihn nicht als Rechenrick gelten zu lassen. Wenn der Finanzminister - dies neuerdings in Übereinstimmung mit dem Innenminister - erklärt, die Gemeinden erhielten nur 380 Millionen DM weniger, dann ist dies eine Vernebelung.

(Minister Dr. Schnoor: 245 Millionen weniger!)

Bedauerlich ist, Herr Innenminister, daß Sie das auch noch bestätigen.

(Minister Dr. Schnoor: Nein, es ist weniger!)

Meine Damen und Herren, 25,5 % von der ausgewiesenen Verbundmasse in Höhe von 38,2 Milliarden DM ergeben rund 9,8 Milliarden DM.

(Minister Dr. Schnoor: Das ist doch zum Teil im Landeshaushalt!)

- Moment! - Die Landesregierung will nur einen Anteil von 23 % gewähren. Dies ergibt einen Betrag von 8,8 Milliarden DM, wie im GFG auch korrekt dargestellt. Der Unterschiedsbetrag ergibt genau ein Minus von 955 250 000 DM zu Lasten der Gemeinden. - Da der Finanz- wie auch der Innenminister aber immer nur von den genannten 388 Millionen sprechen, habe ich mit Hilfe des Kopfes, des Taschenrechners und des Rechenschiebers nach- und nachgerechnet. Da mir ein Grundschüler, Herr Finanzminister und Herr Innenminister, das Ergebnis bestätigte, habe ich ab sofort keinen Zweifel mehr an der Richtigkeit der Rechnung, daß Sie den Städten und Gemeinden im nächsten Jahr zusätzlich 1 Milliarde DM weniger zuweisen im Vergleich zu 1985.

(Zustimmung bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Das stimmt doch nicht! Sie können nicht rechnen. Wann haben Sie die Schule besucht? - Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Damit steht fest, daß von einem angemessenen Finanzausgleich seit langem keine Rede mehr sein kann. Die CDU lehnt auch aus diesem Grunde die geplante Verbundsatzsenkung als Strafsteuer für die Gemeinden ab.

Einem Werfen mit Nebelkerzen kommt es gleich, wenn der Innenminister lobend heraus-

(D)

(Stump (CDU))

- (A) stellt, daß sich das Verhältnis der allgemeinen zu dem zweckgebundenen Zuweisungen von bisher 80,9 zu 19,1 v. H. jetzt auf 84,5 zu 15,6 v. H. zugunsten der allgemeinen Zuweisung verbessert habe. Eine Steigerung der Selbstverwaltungskraft durch Entzug von Zweckzuweisungen soll jetzt plump so heißen. Dadurch, daß die Zweckzuweisungen entfallen, verändert sich das Ergebnis rein durch die mathematische Folge, so daß dieses Ergebnis nicht als ein Erfolg der Regierungspolitik gewertet werden kann. Wer so argumentiert, handelt unseriös oder hebt so ab, daß er zu einer realen Einschätzung der kommunalen Finanzlage und deren Folgen nicht mehr in der Lage ist. Überhaupt darf nicht übersehen werden, daß die Kürzung bei den Zweckzuweisungen beschäftigungsfeindlich ist.

Die CDU-Fraktion hegt auch starke Zweifel, ob der mit Stolz verkündete Arbeitslosenansatz überhaupt etwas zur Entlastung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Richtig ist doch, daß dieser Absatz jene Kommunen erreichen soll, die eine Arbeitslosenquote von 10,7 % und mehr aufweisen. Hierbei handelt es sich um strukturbelastete Städte, die auch enorme Haushaltsschwierigkeiten haben. Städte, die einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, werden aber ebenso begünstigt. Man muß nämlich bedenken, daß die Arbeitslosigkeit nicht unbedingt etwas mit der Finanzkraft einer Gemeinde zu tun hat. Eine große Zahl von Städten wird die Zuweisungen dazu benutzen, die Nettokreditaufnahme zu begrenzen und auf Umwegen den Betrag dem Verwaltungshaushalt zuzuführen. Abgesehen davon, daß die gesamte Investitionspauschale nicht mit dem GFG in systemgerechten Einklang zu bringen ist, der gewünschte Impuls für den Arbeitsmarkt wird ausbleiben. Vielmehr erhält der Arbeitslosenansatz den Charakter einer zweiten allgemeinen Zuweisung, quasi als Sonderfinanzausgleich für die verlorengegangenen Beträge aus der Aufstockung II.

Auf Widerspruch stößt auch die Tatsache, daß die Referenzzahl zur Bemessung der Arbeitslosenquote aus dem Jahre 1984 genommen wird und nicht die aktuellen Zahlen aus 1985, die man spätestens Anfang 1986 noch nachvollziehen und auf den letzten Stand bringen kann - wenn man will. Wir wissen auch, warum, Herr Finanzminister. Es wurde wieder einmal, wie schon bei der sogenannten Aufstockung II, so lange gerechnet, bis die politisch gewünschten Ergebnisse herauskamen. Das ist politische Opportunität, wie es Ihnen der Verfassungsgerichtshof auch ins Stammbuch geschrieben hat.

Wenn die Regierung ehrlich den mit Arbeitslosigkeit geplagten Städten helfen wollte,

hätte sie einen gerechten Vorschlag unterbreitet. Wir sind für jede funktionsgerechte Regelung, die die Arbeitslosigkeit im kommunalen Steuerverbund berücksichtigt, offen. Wenn z.B. der Arbeitslosenansatz als Bedarf bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen eingerechnet würde, wäre das eine nicht nur systemgerechte, sondern auch ehrliche Vorgehensweise. Die CDU verurteilt den geplanten Etikettenschwindel. Er soll Hoffnungen wecken, die eben nur Hoffnungen bleiben, weil Ziele politischer Opportunität verfolgt werden.

Die Bedarfsmeßzahl wird durch den Begriff der Ausgangsmeßzahl ersetzt. Auch hier handelt es sich um Spiel mit Worten. Die suggestive Wirkung des Wortes "Bedarf" ist angesichts des fortgesetzten Zugriffs auf den kommunalen Steuerverbund offenbar hinderlich. Ich stelle für die CDU-Fraktion fest: Die Zuweisungsquoten für die Gemeinden müssen weiter am Bedarf orientiert werden. Hierfür werden wir kämpfen.

Wir fordern daher die Einberufung einer unabhängigen Enquete-Kommission, die der parteipolitischen Neutralität unterliegt, und halten zunächst nicht viel von jener Fachgruppe, die innerhalb des Innenministeriums im Zweifelsfall an politische Vorgaben gebunden ist, um nach neuen Ergebnissen zu suchen.

Mit der Neufassung des § 10 des Gemeindefinanzierungsgesetzes wird eine völlige Nivellierung des Gemeindefinanzausgleichs betrieben. Unter Berücksichtigung des Verfassungsgerichtsurteils vom 19. Juli 1985 sind verfassungsrechtliche Bedenken anzumelden. Überhaupt wird diese Regelung zu der Konsequenz führen, daß es sich für viele Gemeinden nicht mehr lohnt, die eigene Steuerkraft zu pflegen. Wächst nämlich ohne Veränderung des Hebesatzes die Steuermasse an, sinkt die Schlüsselzuweisung entsprechend. Die Rechengröße Ausgleichsfaktor gleich 100 % und der Grundbetrag, der stets so bestimmt wird, daß die Schlüsselmasse aufgezehrt wird, sind jetzt so miteinander verknüpft, daß jede Veränderung einer der beiden Faktoren zu einer umgekehrt proportionalen Reaktion bei dem anderen Faktor führt. Damit gehen bei vielen Gemeinden Anreize für neue und zugleich nennenswerte Investitionen im Wohnungsbau, besonders in der Gewerbeansiedlung, verloren. Hohe Investitionen mit allen Folgekosten, einschließlich des Zins- und Tilgungsdienstes, werden zu einem Verlustgeschäft. Also läßt man zusätzliche Anstrengungen insbesondere aufgrund weiter verkürzter Mittelzuweisungen sein. Die Regierung Rau muß sich bewußt sein, daß sie damit zusätzlich die kommunale

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) Investitionsbereitschaft lähmt und den Arbeitsmarkt belastet. Leistung, Ideenreichtum und Entscheidungsvielfalt werden empfindlich bestraft.

Mit der gewollten Nivellierung und deren Folgen offenbart die Regierung Rau den Willen zur Gleichmacherei. Sie nimmt Anreize und schreibt die Einheitlichkeit unter den Gemeinden fest. Es ist hier wie bei einem einheitlichen Staatsgehalt. Hiernach sind alle gleich. Wer weniger hat, bekommt den Rest bis 100 % dazu. Individualität und Leistung werden durch Umverteilung und Gleichmacherei ersetzt, wie wir das heute morgen aus dem Munde des Finanzministers erlebt haben.

Auch die geplante Anhebung der fiktiven Hebesätze bedarf einer Bewertung. Nordrhein-Westfalen ist nämlich bei der Anhebung der Hebesätze Spitzenreiter. Von 1980 bis 1985 stiegen z.B. die gewogenen Durchschnitts-Hebesätze der Gewerbesteuer bei Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr sechzehnmal so hoch wie in Niedersachsen, fünfzehnmal so hoch wie in Schleswig-Holstein und ein Vielfaches mehr als in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland. Das ohnehin hohe Niveau der fiktiven Hebesätze wird jetzt noch zusätzlich um etwa 30 Punkte gesteigert. Damit werden Folgen zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft ausgelöst. Es ist zwar richtig, Herr Minister Posser, daß die fiktiven Hebesätze zunächst nur eine rechnerische Größe im Finanzausgleichssystem darstellen, doch sie bewirken im horizontalen Finanzausgleich eine systembedingte Welle von Steuererhöhungen.

(B)

Diese Steuertreiberei, wie wir sie bereits infolge der Verbundsatzsenkungen 1982 und 1983 festgestellt haben - im Gemeindefinanzbericht des Innenministers ist dies nachzulesen -, wird erneut um sich greifen und unserem Land weitere Standortnachteile für eine Wirtschaftsansiedlung zufügen.

Meine Damen und Herren, Nachteile als Folge der Anhebung der fiktiven Hebesätze treten auch für die Gemeinden an anderer Stelle auf. Die im Finanzausgleich angerechnete Steuerkraft führt zwangsläufig zu stark erhöhten Umlagegrundlagen bei den Landschaftsverbänden und Kreisen. Damit werden die Gemeinden erneut zur Kasse gebeten, während die Verbände vom Mitnahmeeffekt profitieren.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte, die Versammlung dort unten aufzulösen!

(Zuruf von der SPD: Die eigenen Leute hören noch nicht einmal zu!)

Bitte sehr!

Stump (CDU): So hat der Landschaftsverband Rheinland ausgerechnet, daß bei der Senkung der fiktiven Hebesätze - dies zum Beispiel bei der Gewerbesteuer um nur 10 % - die Landschaftsverbandsumlage um 18 Millionen DM geringer ausfallen würde.

(C)

Es kann nur das politische Ziel der CDU sein, aus den hier genannten Gründen eine Anhebung der fiktiven Hebesätze abzulehnen. Die Risiken und Belastungen für die Gemeindefinanz sind einfach zu groß. Da nützt auch der Erlaß des Innenministers vom 11. Oktober 1985 nichts, mit dem er den Umlageverbänden empfiehlt, den Mitnahmeeffekt mit Hilfe einer Senkung der Umlage auszugleichen. Dieser Erlaß ist, Herr Innenminister, ohnehin ein Beweis dafür, daß Regierung und Mehrheitsfraktion sehenden Auges - wie zum Beispiel auch mit der Aufstockung II - Unfrieden in die kommunale Familie tragen, um von den eigenen Versäumnissen abzulenken.

(Minister Dr. Schnoor: Stellen Sie doch einen Antrag, ihn abzuschaffen!)

- Wir befinden uns ja in der ersten Lesung.

Der Hinweis des Innenministers ist auch unrealistisch. Es nützt auch nichts die Drohung, er werde eine Kontrolle durchführen, ob die Gebietskörperschaften seiner Empfehlung auf Senkung der Umlage Folge leisten. Wenn die Landschaftsverbände und Kreise ebenso wie die Gemeinden finanziell mangelhaft von der Regierung Rau ausgestattet werden, wie dies der Fall ist, bleibt den Kreisen und Landschaftsverbänden keine andere Wahl, als mindestens einen Teil des Mitnahmeeffektes zu kassieren.

(D)

Wie groß der Finanzierungsanteil an den Umlageverbänden ist, möchte ich am Beispiel des Landschaftsverbandes Rheinland noch einmal verdeutlichen. Während 1954 die Landschaftsverbandsumlage 56 % der allgemeinen Deckungsmittel betrug, machte damals die Schlüsselzuweisung des Landes immerhin noch 44 % aus. Heute hat sich das Verhältnis auf 78,1 zu 21,9 % zu Lasten der Gemeinden verschlechtert. Das heißt im Klartext: Vier Fünftel aller Ausgaben des Landschaftsverbandes zahlen die Gemeinden, nur noch ein Fünftel Anteil das Land.

Meine Damen und Herren, die Regierung Rau beutelt auch noch auf diesem Umwege die Gemeinden zusätzlich.

Ich möchte im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit darauf verzichten, weitere Details des vorgelegten GFG zu analysieren.

(Beifall bei der SPD)

(Stump (CDU))

- (A) - Ich kann mir vorstellen, daß Ihnen das paßt. Aber der Ausschuß für Kommunalpolitik wird ja weitere Beratungsphasen ermöglichen.

Aber ich möchte zum Schluß noch etwas feststellen. Kritik zu üben ist nämlich an der späten Einbringung und Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

(Zustimmung bei der CDU)

Während die Gemeinden, Kreise und Verbände längst ihre Haushalte beschlossen haben, fehlten ihnen bisher verlässliche Daten des Landes. Dieses unserer Landeshaushaltsordnung zuwiderlaufende Vorgehen darf sich künftig nicht wiederholen.

Die CDU fordert deshalb für 1986 eine Einbringung des GFG nach der Sommerpause, wie dies früher auch üblich war. Auch die Veränderung der Referenzperiode, die den Kommunen mehr Haushaltssicherheit bringen soll, nützt in diesem Jahr den Gemeinden nichts mehr. Die große kommunale Familie, meine Damen und Herren, spürt an allen Ecken und Kanten, daß sie mit einer Verlässlichkeit der Regierung Rau vorerst nicht mehr rechnen kann.

Ich stelle daher abschließend fest: Die CDU-Fraktion wird dem vorgelegten Gesetzentwurf, sollte er unverändert bleiben, nicht zustimmen.

- (B) (Wilmbusse (SPD): Ach, das wissen Sie schon?)

- Ich habe betont: sollte er unverändert bleiben! Hier eröffnet sich eine Chance für das Parlament, Herr Kollege Wilmbusse.

Sie lehnt die geplante Verbundsatzsenkung ebenso wie die Anhebung der fiktiven Hebesätze, die total nivellierende Wirkung des § 10 und den willkürlich gewählten Arbeitslosenansatz ab. Die Verfassungsmäßigkeit dieses GFG wird bezweifelt.

Das GFG - einst ein systemgerechtes Gesetz zur Erfüllung des Finanzausgleichs - wird von der Regierung nach parteipolitischen Vorstellungen weiter und weiter geändert. Zuweisungssysteme am Gesetz vorbei und Töpfchenwirtschaft zur Betreibung eines byzantinischen Personenkults der Regierung und der Mehrheitsfraktion sind die neuen Grundlagen geworden.

Steuertreiberei und anti-beschäftigungswirksame Impulse kennzeichnen das Gesetz.

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Die CDU bedauert diese Entwicklung. Was jedoch mit Übermut und nicht mit demokratischem Gleichklang zelebriert wird, stößt von selbst an Grenzen. Das finanzpolitische Chaos der Regierung Rau ist hierfür der beste Beweis. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Wickel für die Fraktion der F.D.P. Ich erteile ihm das Wort.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht über Gebühr strapazieren; denn Sie sind ja in Ihrer Belastbarkeit durch einen solchen Tag begrenzt.

Unverzichtbare Grundlage der demokratischen Entwicklung unseres politischen Gemeinwesens ist eine funktionsfähige kommunale Selbstverwaltung. Ich glaube, dieser Satz ist unbestritten. Man könnte allerdings den Verdacht äußern, daß die SPD-Fraktion einmal testen will, wie lange man wieviel aus dem Kuchen herauschneiden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zwei Sätze des ehemaligen Landtagspräsidenten van Nes Ziegler vorlesen, die er anlässlich eines Grußwortes gesagt hat:

Die Gemeinden nehmen vielfach auch die Funktion eines Frühwarnsystems für die anderen politischen Ebenen wahr. Hieraus ergibt sich ihre Kompetenz und ihre Initiativkraft. Diese Eigenschaften haben die Kommunen und auch die kommunalen Spitzenverbände zu einem notwendigen und erwünschten Gesprächspartner gemacht.

Ich glaube, auch dem kann niemand widersprechen. Der Widerspruch beginnt, wenn wir die Regierungserklärung betrachten. In der Regierungserklärung vom 4. Juni 1980 hat der Ministerpräsident, nachdem er die absolute Mehrheit gewonnen hatte, folgendes gesagt:

Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen sollen mindestens in dem gleichen Maße steigen wie im übrigen Landeshaushalt.

Schon voll erwischt! Denn wenn das gilt, was eingebracht ist, ist diese Aussage - wie viele andere - falsch. Dieses Wahlversprechen wurde nicht nur jetzt gebrochen; es wurde schon in der vorigen Legislaturperiode gebrochen: Von 1980 bis 1984 sind die Zuweisungen des Landes um fast 14 % gesunken; die Landesausgaben haben sich im gleichen Zeitraum um etwa 20 % erhöht.

(C)

(D)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Für 1986 rechnet die Landesregierung mit deutlichen Steuermehreinnahmen - wenn wir die Diskussion von heute morgen fortsetzen, kann man sich sogar noch über die Höhe streiten -, und das trotz der ersten Stufe der Steuerreform und trotz des Lamentos, das die Mehrheitsfraktion wegen der Steuerreform hier abzieht. Deswegen beträgt - wäre der Verbundsatz von 25,5 % beibehalten worden - der Einnahmeverlust bei den Gemeinden für das nächste Jahr bereits eine Milliarde DM, und für die letzten Jahre wären es bereits mehrere Milliarden DM.

Auch deswegen können die Gemeinden weniger investieren. Und wir wissen doch: Bei dem schwerfälligen Apparat, der außerhalb der Gemeinden für Investitionen zur Verfügung steht, dauert es zu lange. Lediglich die Gemeinden - denken Sie an van Nes Ziegler, an das "Frühwarnsystem" - wären in der Lage, das schneller und zügiger zu tun.

Sie ziehen sich gleichzeitig noch auf einige Zwänge zurück. Einer der ewig beklagten Zwänge ist ja der fiktive Hebesatz, bei dem Sie einfach so tun, als hätten die Gemeinden diese Steuerkraft, um dann in den kommenden Jahren bei ihnen "Maß zu nehmen" oder, wie ich es vorhin gesagt habe, zu testen, wie lange sie das aushalten. Von dem Verfassungsauftrag, die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken, halten Sie nach unserer Auffassung jedenfalls nicht so viel. Es heißt ja nicht umsonst: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

(B)

Es ist ja auch viel schöner, Herr Ministerpräsident, umherzulaufen - wie das Ihre Minister tun - und dann wie Prinz Karneval in der und jener Stadt den Sack zu öffnen, Geschenke zu verteilen, Hoffnungen zu wecken und den Finanzminister hinterher in die Zwickmühle zu bringen, das entweder einzukassieren oder sich in Solidarität zu üben. Er muß sich ja jahrelang in Solidarität geübt haben; sonst wäre es doch nicht zu diesem Finanzfiasco in unserem Lande gekommen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Da tritt zum Beispiel Herr Matthiesen am 23. Oktober dieses Jahres vor die Landespressekonferenz, stockt Haushaltsmittel für den Naturschutz auf und erklärt stolz: Wir geben mehr aus als alle Flächenländer im Jahr zusammen. Oder Herr Schwier: Ich bin froh, daß in den Jahren 1984 und 1985 die Förderung der Weiterbildung erhalten werden konnte; wir übertreffen mit dieser Förderung alle anderen Bundesländer. Oder Herr Heinemann: Wir haben einen größeren Beitrag

zur Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt geleistet als alle anderen Bundesländer. Meine Damen und Herren, wenn das alles so stimmt - und das soll ja so gesagt worden sein -, dann zeigt sich wieder, daß aufgrund der Geschenkemacherei letztlich eines Tages die Zeche zu bezahlen ist, und sie wird von uns allen bezahlt. Sie wird von allen Bürgern in diesem Lande bezahlt, und gerade in der Kommune wird sie bezahlt; denn dort spürt man es am unmittelbarsten, und dort ist es dann auch am teuersten.

(C)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn es also so ist, dann darf man sich doch wohl fragen: Haben denn die Zahlen, die Ausgaben, mit denen Sie sich rühmen, tatsächlich in der Sache etwas gebracht? Denken wir an die Arbeitslosigkeit, das Wirtschaftswachstum in NRW, die Möglichkeiten und die Vorteile, die andere Länder inzwischen für sich errungen haben. Aus welchen Gründen auch immer - gegenüber den Nachteilen in NRW stellt sich das letztlich völlig anders dar. Denn wenn Sie tatsächlich vordergründig durch ein Objekt, durch eine Maßnahme glauben, einen Erfolg vorweisen zu können, dann ist hintergründig die Rechnung immer noch nicht bezahlt. Meine Damen und Herren, der Spruch heißt: Wenn dir jemand etwas schenkt, dann hast du lediglich die Rechnung noch nicht erhalten. Genau darauf läuft doch Ihre Politik hinaus: daß diese Rechnung hinterher bezahlt werden muß.

(D)

Wenn wir als Kommunalpolitiker einmal überlegen, was für Ansprüche wir an uns selbst und auch an unsere Arbeit stellen, dann habe ich früher in der Partei immer verlangt: Jeder, der in ein Parlament geht, sollte mindestens vorher eine Legislaturperiode lang seine Hausaufgaben in der Kommune gemacht haben, damit ihm die Trautänzerei und die Wolkenschieberei ausgetrieben wird und damit er, wenn er in einem Parlament tätig ist, aus eigenem Erleben in der Kommune begriffen hat, wie man mit anderer Leute Geld umgehen muß. Denn wenn wir uns in der Kommune etwas leisten, steht der Bürger sehr schnell bei uns auf der Matte.

Ich habe immer den Eindruck - und deshalb appelliere ich einmal an die Kollegen Kommunalpolitiker in der SPD-Fraktion -, daß einige von Ihnen, die in Räten gesessen haben oder noch sitzen, das vergessen haben. Da denke ich ganz besonders an den Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie doch nur einmal, was für Ungleichgewichte Sie mit der Form des Gemeindefinanzierungsgesetzes

(Wickel (F.D.P.))

- (A) jetzt auch wieder in die Kommunen bringen. Das gilt auch für die Städtebauförderungsmittel. In den Kommunen, die noch etwas Geld haben, sich 80 % geben lassen, weil sie die 20 % Eigenmittel besitzen, geht es voran. Die Kommunen, die nichts mehr haben, denen man dann 100 % der Investitionen verspricht, haben aber hinterher die Folgekosten am Hals - und die können sich jetzt schon kaum noch bewegen!

Wir sollten doch einmal klarmachen - und da sollte sich die Landesregierung und insbesondere der Innenminister vielleicht einmal gegen den früheren LuSt-Minister und jetzt um den Verkehrsbereich erweiterten Minister durchsetzen -, daß wir vor Ort viel besser wissen, wo wir die Gelder verwenden, die uns aus Verteilungsmitteln zukommen,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

als daß wir ideologisch verfärbte, ideologisch transportierte Programme übergestülpt bekommen, die man aus vielerlei Gründen, weil vielleicht für die Stadt etwas abfällt, dann durchführt. Letztlich aber waren sie dann wieder nur ein Vehikel, um entweder einmal gegen den Individualverkehr, für den öffentlichen Personennahverkehr etwas zu tun, für ein Denkmal, das sich die Politik, die Mehrheitsfraktion setzen will.

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir einen Satz nie vergessen: Politiker haben die Neigung - und davon kann sich niemand freisprechen, auch ich mich nicht -, etwas von ihrer Arbeit sehen zu wollen. Aber wenn Politiker mit Sendungsbewußtsein über uns kommen, dann werden sie dem Bürger verdammt teuer. Daher sollte jeder in hohem Maße wachsam sein, daß wir uns diese Politiker mit Sendungsbewußtsein sehr auf Distanz halten und vorher immer abklopfen, ob dieses ihr Sendungsbewußtsein tatsächlich durch den Bürger noch bezahlbar ist.

Die Nagelprobe der Gemeindefinanzierung kommt ja praktisch im nächsten Jahr, Herr Finanzminister. Sie muscheln sich jetzt noch einmal so durch, indem Sie uns alle ins Schleudern bringen, weil wir nämlich unsere Haushalte in den Räten überwiegend noch in diesem Jahr verabschieden. Wir hampeln also letztlich bis April durch die Lande. Aber Sie müssen im nächsten Jahr praktisch, wie es so schön heißt, die Karten auf den Tisch legen.

(Zuruf von der CDU)

- Sehr richtig, Herr Kollege! Im nächsten Jahr können wir damit rechnen - da der Kanzlerkandidat zur Anstellung ja wohl nicht

wieder nachweisen will, was nicht hinhaut -, daß der Haushalt so spät kommt, daß die Kommunen die Nagelprobe, die sie dann machen müssen, erst so spät machen, daß der Finanzminister uns vielleicht noch niedergeschmetterter vortragen wird und dem Innenminister zwar nicht die Worte fehlen, aber alles das fehlt, was er als Kommunalminister an Glaubwürdigkeit in die Kommunen transportieren muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, wir Freien Demokraten wehren uns dagegen, daß Sie das, was Sie mit diesem Land schon gemacht haben, jetzt bei den Kommunen auszuloten versuchen, um festzustellen, wieweit sie belastbar sind und wieweit sie noch für Leistungen in Anspruch genommen werden können, die z. B. Sache des Landes sind. Ich will nicht auf die Diskussion über die Auftragskostenpauschale und all das eingehen, was die Vorredner hier erwähnt haben. Nur, meine Damen und Herren: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Wenn dieses Wort etwas gilt, dann steht der Ministerpräsident ohne Hosen da. - Schönen Dank!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Wilmbusse für die Fraktion der SPD das Wort.

Wilmbusse (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stump hat soeben beklagt, daß den Gemeinden die Daten zu spät bekanntgeworden seien, d. h. die Zahlen der Geldbeträge, die sie nun als Schlüsselzuweisungen vom Land bekommen. Das ist nicht wahr. Diese Daten sind seit längerem bekannt. Der Innenminister hat sie bekanntgegeben, und über die kommunalen Spitzenverbände, über SGK und KPV sind sie seit langem bekannt.

(Stump (CDU): Die Daten, die das Parlament beschließt!)

Die Daten sind also bekannt. Die Kommunen wissen, mit welchen Geldern sie rechnen können.

Ich weiß nicht, Herr Stump, ob es Ihnen genauso ergeht; mir ergeht es jedenfalls so. Ich bin seit Wochen unterwegs und muß vor allen möglichen Gremien über die Auswirkungen des GFG vortragen, und zwar nicht nur bei Sozialdemokraten, ob das Gruppenbesprechungen des Städte- und Gemeindebundes oder was weiß ich sind. Dabei werden

(C)

(D)

(Wilmbusse (SPD))

- (A) Sie feststellen, daß die Proteste gegen das GFG sehr viel geringer sind, als ich sie eigentlich erwartet hatte.

(Stump (CDU): Ich bekomme viele Briefe!)

- Ja, Sie bekommen viele Briefe. Aber die Frage ist: Woran liegt das eigentlich? Ich glaube, es liegt daran, daß die Kommunen und daß insbesondere die Kommunalpolitiker sehr viel besser über das Zahlenwerk Bescheid wissen, das uns mit diesem GFG vorgelegt wird, als Sie es offenbar wissen.

(Doppmeier (CDU): Sie werden ja auch über die SGK vorher informiert, wir aber nicht!)

Denn sonst, Herr Stump, müßten Sie doch unter Inanspruchnahme von Rechenschieber und Computer in der Lage sein, auszurechnen, wieviel es denn nun weniger ist als voriges Jahr.

Um es noch einmal zu wiederholen: Die Kommunen bekommen 245,4 Millionen DM weniger als 1985. Die allgemeinen Zuweisungen, die Schlüsselzuweisungen, die ja besonders wichtig sind, sind 1985 wie 1986 in der Summe gleich. Die Milliarde, von der Sie wegen der zweieinhalb Prozentpunkte Verbundsatz sprechen, ist jene Summe, die sich ergäbe, wenn die Kommunen 1986 auch 25,5 % bekämen.

- (B) (Stump (CDU): Völlig richtig!)

Aber dieses Spiel können Sie noch ganz anders betreiben. Dann rechnen Sie doch einmal aus, was die Kommunen bekämen, wenn sie 28,5 % erhielten! Das würde doch sehr viel besser in Ihren Kram passen. Aber versuchen Sie doch bitte nicht immer den Eindruck zu erwecken, als bekämen die Kommunen nächstes Jahr 1 Milliarde DM weniger als im laufenden Jahr 1985. Die Zahlen beweisen, daß das einfach nicht stimmt.

(Stump (CDU): Natürlich!)

Im übrigen geht es wie immer zum einen um die Verteilung - dazu wird mein Kollege Thulke nachher noch etwas sagen - und zum anderen um die Portionen. Dazu will ich etwas sagen.

Sie haben vorhin von der Landesverfassung gesprochen. Die Regierung muß ihren Pflichten aus dieser Landesverfassung nachkommen. Wenn 245,4 Millionen DM weniger gezahlt werden, dann muß das natürlich begründet werden. Ich meine, der Finanzminister hat in

der vorigen Woche und auch heute morgen wieder sehr ausführlich, sehr eingehend und auch sehr einleuchtend begründet, warum für die Kommunen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden kann.

Eines der herausragenden Probleme dabei war das Bemühen des Finanzministers und natürlich auch des Landtags um die Konsolidierung. Herr Schauerte hat heute davon gesprochen, das sei wohl das Wort, das Herr Posser am meisten im Munde führe. Nun bin ich der Meinung, diese Konsolidierung kann ja wohl nicht nur ein Anliegen des Finanzministers sein, sondern muß wohl auch ein Anliegen des gesamten Landtags sein, auch der Landtagskollegen, die sich den Gemeinden besonders verpflichtet fühlen. Dabei ist doch die Begrenzung der Nettoneuverschuldung auf 6,9 Milliarden DM ein Wort, das auch für mich gilt.

Sie haben vorhin großtönend davon gesprochen, den Gemeinden, den Bürgern werde in die Tasche gegriffen und ähnliches mehr. Na gut! Wenn Sie den Gemeinden mehr Geld geben wollen, dann müssen Sie auch sagen, woher Sie dieses Geld nehmen wollen, ob Ihnen die Konsolidierung des Landeshaushalts nichts wert ist. Dann können Sie natürlich die Schulden erhöhen und den Gemeinden mehr Geld geben. Nur, dann müssen Sie aufhören, über die hohe Verschuldung des Landes zu klagen! Mit dieser wirklich unglaubwürdigen Argumentation kommen Sie doch nicht durch. So etwas kann doch einfach nicht sein.

(Doppmeier (CDU): Also sind auch Sie gegen die Erhöhung in der Staatskanzlei?)

- Ach, Herr Doppmeier, hören Sie doch auf! Ihre Zwischenrufe sind wirklich von einer ganz besonderen Art. Wenn sie ein bißchen Substanz hätten, würde es sich vielleicht lohnen, darauf einmal einzugehen. Wie habe ich soeben vom Kollegen Wickel gehört? Jeder müßte zuerst einmal seine Probezeit in den Kommunalparlamenten machen. Machen Sie die mal, dann werden Sie sehen, daß man mit Argumenten besser wegkommt als mit irgendwelchen Sprüchen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

- Dann haben Sie sie aber nicht bestanden.

(Doppmeier (CDU): Ach so!)

(C)

(D)

(Wilmbusse (SPD))

(A) - Den Eindruck habe ich.

(Dorn (F.D.P.): Urteilen, Beurteilen und Verurteilen ist bei Ihnen ein Arbeitsgang! - Doppmeier (CDU): Das ist die Arroganz der Mehrheit!)

Die zweite Möglichkeit, die Zuweisungen an die Gemeinden zu erhöhen, ist, wenn man die Erhöhung der Schulden außen vor läßt, der Blick auf des Nachbars Tisch. Wer in den letzten Wochen und Monaten mit den Kämmerern der Kommunen gesprochen hat, wer so manche Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände gelesen hat, der begegnete immer wieder dem Argument, es gäbe in den Fachressorts noch irgendwelche Beträge, die man sparen könnte. Da gäbe es etwas, was man noch ausgeben könnte für die Kommunen, was falsch ausgegeben würde.

Die Beratungen werden ja jetzt zeigen, ob das der Fall ist. Wir werden das sicher überprüfen. Ich weiß nicht, ob wir bei dieser Überprüfung bei Ihnen die richtigen Bundesgenossen haben. Denn wenn ich so an die letzten Wochen zurückdenke, haben Sie eine Menge Anträge gestellt, aber Einsparungsanträge, die sich zugunsten der Kommunen auswirken würden, sind mir dabei nicht über den Weg gelaufen.

Wenn ich so zurückdenke, dann denke ich an zwei Anträge: Der erste Antrag war, daß man jährlich 1 500 Lehrer einstellen solle. Herr Kollege Trinius hat heute morgen schon darauf hingewiesen: Das bedeutet im ersten Jahr 100 Millionen DM Mehrausgaben, im zweiten Jahr 200 Millionen, dann 300 Millionen, 400 Millionen, 500 Millionen und die Zinsen; denn das muß ja wohl über Schulden neu finanziert werden.

(B)

(Elfiring (CDU): Warum denn wohl?)

Meine Damen und Herren! Soll denn der Verbundsatz, wenn es denn keine neuen Schulden geben soll, noch weiter gekürzt werden, um diese neuen Lehrerstellen zu bezahlen?

Oder Herr Doppmeier, Sie mit Ihrem Antrag, 1986 und 1987 zusätzlich 280 Millionen DM an Städtebauförderungsmitteln zur Verfügung zu stellen! Klar, diese Städtebauförderungsmittel würden in die Kassen der Gemeinden fließen,

(Doppmeier (CDU): So ist es.)

das wäre von da aus durchaus zu begrüßen. Nur, das wissen Sie doch wie ich, wenn Sie die Schulden nicht erhöhen, wenn Sie gleichzeitig noch die Lehrer einstellen wollen, dann

müssen Sie doch wohl die allgemeinen Zuweisungen an die Kommunen kürzen. Anders geht es ja wohl nicht. (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wilmbusse, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mohr?

(Zustimmung des Abg. Wilmbusse (SPD))

- Bitte schön!

Mohr (CDU): Herr Wilmbusse, bei Ihren Berechnungen haben Sie, glaube ich, übersehen, daß jährlich auch rund 3 000 Lehrer den Dienst verlassen.

(Minister Schwier: Das steht aber alles schon im Entwurf.)

Wilmbusse (SPD): Aber vielleicht haben Sie übersehen, Herr Mohr, daß in den letzten Jahren gerade bei diesen Lehrerstellen die kw-Vermerke angebracht worden sind

(Wendzinski (SPD): So ist es richtig.)

und daß zur Konsolidierung des Haushalts ja wohl gerade die Einsparung im Personalsektor gehört. Das ist doch Ihre These, daß nicht einseitig bei den Gemeinden gespart werden darf, sondern daß auch in dem eigenen Landeshaushalt gespart werden muß. Wenn Sie also beim Personal nichts einsparen wollen und bei den Kommunen nichts einsparen wollen, dann sagen Sie doch einmal, wo Sie einsparen wollen! (D)

(Beifall bei der SPD - Doppmeier (CDU): In der zweiten Lesung!)

Vizepräsident Dr. Klose: Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

(Zustimmung des Abg. Wilmbusse (SPD))

- Aber bitte jetzt in Frageform, Herr Mohr!

Mohr (CDU): Gestehen Sie denn zu, daß, wenn 3 000 Lehrer den Schuldienst verlassen und nur 1 500 eingestellt werden, schon ein hoher Spareffekt eingetreten ist?

(Beifall bei der CDU)

Wilmbusse (SPD): Der Finanzminister legt ja einen Finanzplan vor. Damit beschäftigten Sie sich doch einmal! Wenn Sie die Grunddaten, die Fixpunkte, von denen er ausgeht, verändern, werden Sie rein zwangsläufig auch die Folgedaten verändern müssen. Wenn Sie weniger Personal einsparen, als der Finanzminister das vorsieht, dann müssen Sie ganz

(Wilmbusse (SPD))

- (A) zwangsläufig entweder die Schulden erhöhen oder Sie müssen auf anderen Feldern kürzen; und dann müssen Sie bei den Gemeinden weiter kürzen. Das ist etwas, was ich wenigstens nicht will und was Sie, meine ich, auch nach Möglichkeit vermeiden sollten.

Ach so, dann war da noch die Geschichte mit den Einsparungen. Da wäre doch, habe ich von Herrn Stump eben gehört, völlig überflüssig Geld ausgegeben worden. Wenn Sie da einmal in Beweisnot kommen, kann ich Ihnen ein schönes Beispiel dafür bringen.

(Stump (CDU): Davon habe ich nichts gesagt.)

Der kommunalpolitische Ausschuß hat in der vorigen Legislaturperiode einmal die Ausgleichsstockgemeinden besucht, weil da ja ziemlich viel Geld hinfließt: 88 Millionen DM jedes Jahr. Da wollten wir untersuchen, ob denn da nicht etwas eingespart werden kann oder ob da vielleicht überflüssig Geld ausgegeben worden ist, ob da früher etwa auf Kosten anderer gelebt worden ist.

- (B) Da sind wir auch nach Wiehl gekommen, Wiehl, eine sehr bemerkenswerte Gemeinde, sehr schön, ein tolle Infrastruktur mit Eisstadion und was weiß ich nicht alles. Übrigens eine Gemeinde, ziemlich steuerstark, die keine Mittel aus der Aufstockung II bekommen hat. Ich habe mich natürlich gefragt, wie kommt das denn, daß diese Gemeinde in den Ausgleichsstock gekommen ist? Wie kann das denn nur sein? Die muß doch wirklich Geld ausgegeben haben, mehr als sie tatsächlich einnahm, und das auf Kosten anderer oder des Landes. Das ist doch sicherlich ein Beispiel, wo nicht nur unsere Kommunen, sondern auch das Land wirklich hätten sparen können.

Ich habe mich erkundigt: Dahin sind von 1964 bis 1972 10 000 924 DM Zuwendungen aus dem Ausgleichsstock geflossen. Das hätte man sparen müssen. Hauptverantwortlich für diese Geschichte war Herr Waffenschmidt, seinerzeit dort Stadtdirektor, hier Landtagsabgeordneter. Das hat Ihnen so hervorragend gefallen, daß Sie ihn jetzt zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium gemacht haben, besonders verantwortlich für die Kommunalpolitik. Ihn erinnern Sie einmal an die Geschichte, dann wird Ihnen sicherlich einiges deutlich werden!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die Schulden nicht erhöhen wollen und wenn das mit dem Sparen bei den anderen Ressorts wenig erfolgversprechend ist,

wenn Sie im Gegenteil da noch mehr Geld ausgeben wollen, dann kommen wir zum dritten Punkt, das sind die Einnahmen. Da sind wir nun beim Kern des Problems. Die Einnahmen sind nämlich gering, und weil sie gering sind, muß auch der Anteil der Gemeinden am Steuerkuchen zurückgehen.

Nun will ich nicht alles das wiederholen, was in der vorigen Woche und heute morgen in den Diskussionen über die Bonner Politik gesagt worden ist. Sie haben sie eben noch einmal gelobt, Herr Stump. Ich muß sagen: Wem die Kommunalpolitik wirklich am Herzen liegt, der kann eigentlich nur kopfschüttelnd nach Bonn blicken, wenn er sieht, was dort zu Lasten der Gemeinden beschlossen wird.

(Wagner (CDU): Na, na!)

- Ja, Herr Wagner, so ist es doch. Diese Tarifreform mag wünschenswert sein. Alles in Ordnung. Wer spart denn nicht gern Steuern? Nur müssen wir sehen: Sie kostet die Gemeinden in den nächsten drei Jahren allein 3 Milliarden DM und das Land allein 1986 1,6 Milliarden DM und damit - bei einem runden Viertel - die Gemeinden wieder 400 Millionen DM. Oder: Die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen bei den Wirtschaftsgebäuden, die das Land bis 1989 1 Milliarde DM und die Gemeinden 850 Millionen DM kostet.

Ich meine, Herr Stump, Sie tönen hier von einer mangelhaften Ausstattung der Gemeinden, ohne überhaupt einmal Alternativvorschläge zu bringen. Aber darauf komme ich nachher noch. Sie sollten lieber nach Bonn zur Bundesregierung fahren und dieser einmal Bescheid stoßen! Sie sollten einmal Ihrem Bundeskanzler sagen, wo denn das Interesse der Gemeinden liegt und wie sie unter dieser Politik leiden. Aber das tun Sie nicht. Sie finden tausend Ausflüchte, warum Sie das nicht tun, dieses und jenes. Bei Ihnen, so scheint mir, rangiert ganz einfach die Parteidisziplin vor Ihrer Fürsorge für die Gemeinden.

(Zurufe von der CDU)

Ich meine jetzt wirklich jenseits aller Polemik: Sie haben hier eine Aufgabe, sowohl als MdL wie als Gemeindevertreter, der Sie sich nicht länger entziehen sollten.

Nun habe ich ja so etwas Hoffnung, denn ich habe gelesen, was Ihr neuer Vorsitzender, Herr Pützhofen, alles gesagt hat. Ich habe das in der "Rheinischen Post" gelesen: Die Bundesregierung habe die Pflicht, wegen der besonderen Probleme Nordrhein-Westfalens

(Wilmbusse (SPD))

(A) diesem Lande stärker zu helfen als in der Vergangenheit; schließlich habe das Nord-Süd-Gefälle auch deshalb entstehen können, weil der Bund offenkundig den Süden der Republik bevorzugt bediene. Oder: Pützhofen ermunterte die Rheinische CDU, die Arbeit der Bundesregierung künftig kritischer zu verfolgen. Oder: Die Partei dürfe nicht zum Statthalter ohne eigenes Profil für die Bundesregierung werden. - Da gibt es noch eine ganze Menge anderer Zitate. Nun werden wir ja sehen, was aus diesen Ankündigungen wird. Nach der heutigen Debatte habe ich keine große Hoffnung.

Aber es sind ja nicht die Steuerausfälle allein, die Land und Gemeinden belasten. Hinzu kommen ja noch die Lasten aus einer wirklich schlechten Sozialpolitik, aus all den Fällen, in denen die Gemeinden aus ihrem Säckel das ausgleichen müssen, was Bonn den Bürgern an Einnahmen verwehrt. Wir sprechen gleich ja noch über § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. In manchen Kommunen wird schon heute mit Schaudern daran gedacht, wenn alle die Leute, die künftig kein Kurzarbeitergeld mehr bekommen, beim Sozialamt antreten und von den Gemeinden ausgestattet werden müssen. Wieder ein Fall, der in greifbare Nähe rückt, wo der Bund zu Lasten der Gemeinden spart!

(B) Mindestens ebensoviel Anlaß wie die CDU, nach Bonn zu fahren und ihren Bundesministern ins Gewissen zu reden, hat allerdings die F.D.P. Die ständige Kritik gerade der F.D.P. an der Gewerbesteuer oder die Beschränkung der sogenannten Gewerbesteuergarantie auf diese Legislaturperiode - das heißt bis 1987 - macht doch jeden Kommunalpolitiker schaudern. Ist Ihnen eigentlich klar, daß die Einnahmen aus der Gewerbesteuer 40 % - 40 %! - der Gesamteinnahmen der Kommunen bedeuten und daß die Abschaffung dieser Gewerbesteuer tatsächlich zum finanziellen Kollaps aller Städte führt? Ist Ihnen eigentlich klar, was Sie da alles reden?

Wenn da von einer Ersatzbeteiligung an der Umsatzsteuer oder an der Einkommensteuer geredet wird, so ist das doch wirklich Schwafelei. Was soll das denn eigentlich? Wie kann denn ein Anteil an der Umsatzsteuer oder an der Einkommensteuer die Gewerbesteuer ersetzen? Die Gewerbesteuer ist doch nicht nur eine Einnahmeposition bei den Gemeinden, sondern ist ein ganz wichtiges Verbindungsseil zwischen den Gemeinden und der Wirtschaft, den einzelnen Betrieben. Da gibt es so manchen wirklich nicht populären Betrieb in unseren Gemeinden, der doch nur deshalb von den Gemeinden nicht nur geduldet, sondern auch gefördert wird, weil er für

die Gewerbesteuer dieser Gemeinde eine ganz wichtige Position darstellt. (C)

Wir haben uns mit diesem Problem in der vorigen Legislaturperiode ja bei der Großen Anfrage zur Lage der Gemeinden ausreichend befaßt, und wir haben als Sozialdemokraten unsere Positionen dabei festgelegt. Wir haben eine Reihe von Grundsätzen festgelegt, die für uns unerläßlich sind, wenn man denn überhaupt über eine Veränderung oder eine Abschaffung der Gewerbesteuer reden könnte: Das ist zum Beispiel die Beibehaltung des gemeindlichen Hebesatzrechtes, das ist die Wahrung des Interessenverbundes Wirtschaft/Gemeinden, das ist die Ausschaltung oder zumindest Einschränkung der Konjunkturabhängigkeit, das ist die Ausgewogenheit der Verteilungswirkung unter den Gemeinden, Wettbewerbsneutralität, Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und ein geringstmöglicher Verwaltungsaufwand.

Der Landtag hat dazu ja auch eine Entschließung verabschiedet, in der die Einsetzung einer Sonderkommission aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden gefordert wird. Diese Kommission soll nun diese ganze Angelegenheit prüfen. Aber die Einsetzung dieser Kommission ist bisher am Widerstand der Bundesregierung und des Bundestages gescheitert, das heißt am Widerstand von CDU und F.D.P., und hier müssen wir eigentlich wach werden. Ich wende mich an die Kommunalvertreter in allen Fraktionen: Wenn denn eine solche Kommission nicht eingesetzt werden soll, gleichzeitig aber insbesondere von der F.D.P. immer die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert wird, dann müssen wir ja wohl hellwach werden, damit wir nicht plötzlich mit einer Regelung überrascht werden, die dann wahrscheinlich tatsächlich nicht im Interesse der Gemeinden sein kann. Denn sonst bräuchte man ja wohl bei diesen Vorüberlegungen das Licht der Öffentlichkeit oder auch den Rat der sachverständigen Gemeinde- und Ländervertreter nicht zu scheuen. (D)

Ich meine, meine Damen und Herren, in Bonn gibt es für Sie eine ganze Menge zu tun. Sie sollten Ihren Aufgaben nachkommen. Da könnten Sie auch gleich einmal mit dem Finanzminister sprechen, der gleichzeitig die Kommunen auffordert, mehr zu investieren. Das ist doch wohl grotesk! Auf der einen Seite haben wir einen Wirtschaftsminister, der fortwährend die Gewerbesteuer in Frage stellt, damit fortwährend die Gemeinden verunsichert, sie überhaupt nicht in die Lage versetzt, langfristig planen und investieren zu können, und gleichzeitig haben wir einen Finanzminister, der diese verunsicherten

(Wilmbusse (SPD))

- (A) Kommunen auffordert, auch noch zu investieren. Ich meine: So kann das sicherlich nicht richtig sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun hat Herr Schauerte gestern unter großem Getöse entdeckt, daß wir 650 Millionen DM mehr bekommen. Der Finanzminister hat ihn ja nun vorhin in den Fragen der Finanzverwaltung - ja, wie soll ich sagen? - unterrichtet.

(Zuruf von der SPD: Aufgeklärt!)

Ich muß schon sagen: Es war ein reines Vergnügen. Ich würde in mich gehen, wenn mir das hier so passiert wäre. Herr Wagner, Sie waren in der letzten Legislaturperiode dabei, als wir im Laufe des Jahres plötzlich Einnahmelöcher hatten, die wir nicht ausgleichen konnten und die sich auf die Situation der Gemeinden auswirkten. Ich meine, wir müßten auf alle Fälle vermeiden, daß 1986 solche Einnahmelöcher wieder auftreten. Deshalb sollten wir vorsichtig sein.

Ich kann nur sagen: Warten wir ab, wie denn das Jahresergebnis 1985 sein wird. Dann werden wir darüber beraten, ob wir noch etwas tun können. Und wenn wir noch etwas tun können - sei es auch, daß wir etwa bei anderen Ressorts etwas einholen können -, dann wollen wir die Investitionspauschale erhöhen. Wir wollen die Investitionspauschale erhöhen, weil sie den Gemeinden zur freien Verfügung steht, auch wenn sie in den Vermögenshaushalt fließt, weil sie die Investitionen fördert und weil sie mit ihrem an die Arbeitslosigkeit gekoppelten Teil besonders den finanzschwachen Gemeinden zugute kommt.

(Aigner (SPD): Richtig!)

Insoweit bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Stump. Es ist überhaupt wirklich bemerkenswert: Da wird nach einem Kriterium gesucht, wie man denn den finanzschwachen Gemeinden helfen könnte. Und das einzige, was Sie dazu zu sagen haben, ist "Gleichmacherei". Fällt Ihnen dazu eigentlich nichts anderes ein? Wollen Sie das eigentlich nicht oder was ist? Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Ich bin jetzt schon bei der Verteilung der im GFG bereitgestellten Gelder angelangt. Ich habe vorhin gesagt, Herr Thulke wird dazu etwas sagen. Deshalb nur einige Worte, die ich aber doch gerne loswerden möchte, und zwar deshalb, weil in den letzten Monaten doch die sogenannte Aufstockung II eine besondere Rolle gespielt hat.

Im letzten GFG ging es bekanntlich darum, einen Weg zu finden, um den Städten zu helfen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen. Das Verfassungsgericht hat gesagt: Dieser Weg über die Aufstockung II geht so nicht. - Das ist in Ordnung. Nun müssen wir mit diesem GFG einen anderen Weg suchen.

Im Hinblick darauf habe ich die Protokolle über die letzten Plenardebatten zum Nachtragsgesetz noch einmal nachgelesen, und zwar die vom 19. September und 30. Oktober. Ich habe das gestern im Zug getan. Wenn man so mit dem Zug durchs Ruhrgebiet fährt, dann kommt man ganz zwangsläufig durch all die Städte, die so unterschiedlich sind. Dann kommt man durch Dortmund und Bochum. Man weiß, daß die ganz erfolgreiche Bemühungen unternommen, um mit ihren Schwierigkeiten fertigzuwerden. Dann kommt man nach Essen und Mülheim, denen es ein bißchen besser geht. Dann kommt man nach Duisburg, denen es wirklich dreckig geht. Wir wissen, nebenan ist Oberhausen, Herr Wagner, denen es ganz genauso dreckig geht. Und dann kommt man nach Düsseldorf. Na, denen geht es doch verflixt gut. Das wissen wir alle.

Und dann weiß man, daß zum Beispiel in Düsseldorf neue Museen gebaut werden, daß in Essen ein neues Theater gebaut werden kann und daß in Duisburg oder Oberhausen die Büchereien oder Bibliotheken zugemacht werden müssen, und ähnliches mehr. Wenn man aus dem Zugfenster schaut, dann kann man die Häuser sehen und weiß, daß doch eine ganze Menge Menschen da wohnen, die doch alle eigentlich dasselbe Bedürfnis haben. Die wollen auch alle gerne ins Museum gehen, die wollen auch nicht, daß ihre Bücherei oder das Hallenbad in der Nähe geschlossen wird.

Dann bemüht sich der Landtag, einen Ausgleich zu schaffen, um die Städte nur in etwa in die Lage zu versetzen, ihren Verwaltungshaushalt auszugleichen - das reichte ja noch gar nicht -, damit diese Bürger auch einmal ins Museum, in ein Hallenbad und auch in die Bücherei gehen können. Dann kommt das Verfassungsgericht und sagt: Dieser Weg geht so nicht. Und dann, Herr Stump, halten Sie hier solche Reden, wie Sie sie bei diesen Debatten gehalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß sagen: Als ich das gelesen habe, habe ich mich geschämt. Ich habe mir vorgestellt, was die Bürger, die doch nichts dafür können, daß sie in Duisburg und nicht in Düsseldorf wohnen, wohl sagen würden, wenn sie zu diesen drängenden Problemen Ihre

(Wilmbusse (SPD))

- (A) Ausführungen lesen. Ich verstehe das überhaupt nicht. Sie sind sonst so ein sympathischer Mensch. Aber wenn Sie sich hier oben hinstellen, legen Sie Ihren ganzen Charme beiseite, und dann geht es los.

Ich habe mir gestern einmal herausgeschrieben, was das alles war: Papiertiger, ungeheuerlich, Geldschröpfung, Sprücheklopfen, Herumwirtschaften, arrogant, selbstherrlich, politisch motivierte Manipulation mit Täuschungscharakter, Willkür, parteipolitische Opportunismus, Flickschusterei, Steuertreiberei und Bürgerschreck. Und das alles, weil wir wollen, daß die Leute in Duisburg in ähnlichen Verhältnissen leben können wie in Essen und wie in Düsseldorf.

(Beifall bei der SPD)

Und das war kein Ausrutscher. Das ging heute schon wieder so: Vernebelung, Flickschusterei, Würgegriff, Strafsteuer, byzantinischer Personenkult und ähnliches.

(Stump (CDU): Natürlich, das ist doch Personenkult!)

Und das alles bei diesem Bemühen!

Wenn das GFG 1986 auf den Tisch kommt, bei dem es darum geht, eine Ersatzlösung für diese als verfassungswidrig erklärte Regelung zu finden, dann bringen Sie keinen einzigen Alternativvorschlag. Dann sagen Sie: Die bringen wir, wenn die zweite Lesung kommt.

(B)

Wissen Sie, da ist mir eine Pressemitteilung der KPV vom 28. November 1985 in die Hände gefallen. Da sind die christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden - Herr Worms war auch da - und die Finanzexperten zusammen gewesen, und man hätte gemeint, jetzt kommt etwas, wenn soviel Sachverstand auf einem Haufen ist. Was ist dabei herausgekommen? Zweifel an der vorgesehenen Ausgleichsregelung im Gemeindefinanzierungsgesetz, die zu einer totalen Nivellierung und teilweisen Übernivellierung führt und deshalb möglicherweise verfassungswidrig ist. Zu dem ganzen Problem der unterschiedlichen finanziellen Ausstattung unserer Kommunen haben Sie wie voriges Mal nichts zu bieten als Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit. Ich meine, da hätten die Bürger in unserem Lande, aber auch wir hier wirklich mehr Nachdenken und vielleicht irgendwann einmal auch einen Alternativvorschlag verdient.

Dann war da auch noch - nun ist er heute nicht da; tut mir leid - Herr Riemer, der auch geredet hat. Und ich habe mir auch das herausgeschrieben, was dieser alles gesagt

hat. Er hat von verfassungswidriger Finanzschieberei, sozialdemokratischer Verfilzung, politischer Subkultur, Mißwirtschaft, Kungeleistrategie und ähnlichem mehr gesprochen und damit den Eindruck zu erwecken versucht, hier werde mittels des GFG erfolgreich versucht, Gelder in die eine oder andere Stadt zu schieben.

(C)

Wenn das ein Neuling gesagt hätte, hätte ich gedacht: Schau dir das einmal an. Aber Herr Riemer, der jahrelang in der Landesregierung gesessen hat, der Jahr für Jahr ein GFG mit verabschiedet hat, das von seinen F.D.P.-Ministerkollegen vorgelegt wurde, muß doch wissen, daß die Regelungen des GFG dafür nichts hergeben. Und heute kommt Herr Stump auch noch und redet davon, mit dem GFG werde durch Heraufsetzung der fiktiven Hebesätze das Geld in sozialdemokratische Städte gelenkt. Also, Herr Stump, Sie sind Bürgermeister und wissen doch, daß sich die Regelungen des GFG für solche Maßnahmen überhaupt nicht eignen. Es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, Wege zu finden, wie wir den Ausgleich zwischen arm und reich schaffen. Das hat mit Parteipolitik wirklich überhaupt nichts zu tun.

Dazu ist mir aber noch folgendes eingefallen. Ich habe soeben gesagt, man fahre da so durch die Städte Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen - -

(Wagner (CDU): Das war böse, was Sie da gesagt haben! Das war sehr böse!)

(D)

- Oh, Herr Wagner, was Sie hier schon alles an Bösem geredet haben! Ich habe es mir durchgelesen. Lesen Sie es einmal vor. Das wollte ich Ihnen heute nur noch einmal sagen.

Ich habe also gesagt, man fahre da so durch die Städte Duisburg, Oberhausen oder was weiß ich. Anders wird vielleicht ein Schuh daraus. Wenn wir Wege suchen, um den Kommunen, die in Not sind, einen Ausgleich zu verschaffen, haben Sie vielleicht nicht das nötige Interesse daran, weil es dort sozialdemokratische Mehrheiten gibt. Ist das vielleicht so? Dafür hätte ich allerdings überhaupt kein Verständnis.

(Wagner (CDU): Es ist ja auch verdammt gerechnet worden! Beispiel Wuppertal! Wer war denn da böse?)

Eines muß ich noch bringen; denn das war für mich das Tollste. Dann kommt Herr Riemer her und beklagt sich unter anderem darüber - und zwar neben dieser angeblichen Schieberei -, das GFG sei zu kompliziert. Das

(Wilmbusse (SPD))

- (A) war für mich das Allertollste. Das GFG, das er viele Jahre als Minister mit verabschiedet hat und das in den Grundzügen überhaupt nicht geändert worden ist, das früher von Herrn Weyer und dann von Herrn Hirsch Jahr für Jahr vorgelegt worden ist, ist jetzt plötzlich zu kompliziert. Hat er das denn früher nicht durchgelesen? Ich hatte allerdings den Eindruck, er wußte das schon, nur, das hatte ihm jemand aufgeschrieben - vielleicht war es ein neuer Referent -, und der hatte es noch nicht kapiert. Aber dann soll Herr Riemer den einmal herannehmen, daß er sich das Gesetz einmal durchliest; denn andernfalls haben wir wirklich keine fruchtbaren Diskussionen zum GFG.

(Zuruf der Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.))

Nun kommt es zu der Ersatzlösung. Dazu macht der Gesetzentwurf einen Vorschlag, von dem ich meine, er sei brauchbar. Natürlich muß man rechnen, ob es denn wirklich zu einem Ergebnis kommt. Man kann doch nicht blind sagen: Das wird schon so kommen. Man muß rechnen. Aber diese Berechnungen zeigen doch, daß wir einen sinnvollen Vorschlag gemacht haben.

Und welcher Vorschlag kommt von der CDU? Es sollte eine Kommission eingesetzt werden. Also, eine Kommission setzen wir ja ein - das hat der Innenminister zugesagt -, um den Bedarf der einzelnen Städte zu untersuchen. Einverstanden! Aber Sie wollen eine andere Kommission haben. Sie wollen eine Kommission haben, die Ihnen die Arbeit abnimmt.

(B)

(Stump (CDU): Nein! Eine unabhängige!)

- Jawohl, Sie wollen eine Kommission haben, die Ihnen die Arbeit abnimmt. Aber was ist denn Ihre Arbeit im kommunalpolitischen Ausschuß? Ihre Arbeit ist es, die Gemeindepolitik in diesem Lande in vernünftiger Weise so zu gestalten, daß alle Gemeinden einen richtigen Ansatz im GFG erhalten. Weil Sie keine Alternativen bringen können und weil Sie sie noch nie gebracht haben, kommen Sie jetzt auf den Dreh und fordern, eine Kommission einzusetzen. Also, Herr Stump, das ist nun wirklich das Letzte, was einem einfallen kann, wenn man gar nichts anderes mehr weiß. Ich kann Ihnen nur sagen: Diesen Weg gehen wir nicht mit.

Ein letztes noch, weil Sie noch einmal von den anderen Ländern gesprochen haben, denen es ja immer besser geht. Sie haben gesagt, die Flächenländer hätten alle einen Verbundsatz so um die 23 %. Das stimmt! Baden-Württem-

berg: 23 % - Bayern wollen wir einmal außen vor lassen -, Hessen: 22,9 %, Niedersachsen: 22,27 %, Nordrhein-Westfalen: 23 %, Rheinland-Pfalz: 20,5 %, Saarland: 23,5 %, Schleswig-Holstein: 23,8 %.

(Wagner (CDU): Das wissen wir alles!)

- Das wissen Sie alles, richtig! Aber warum kommen Sie dann her und sagen: "Aber in all diesen Ländern ist der Verbundsatz nicht gesenkt worden."? - Das war doch Ihre Kernaussage. Im übrigen: In Rheinland-Pfalz ist der Verbundsatz um zweieinhalb Punkte gesenkt worden.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, das ist Ihr Kernpunkt. Nur: Warum senken diese Länder denn nicht den Verbundsatz? Deshalb nicht, weil sie seit eh und je schon auf 23 Punkten sind. Wir hatten 28,5 Punkte. Und wenn wir in den letzten Jahren gesenkt haben, so doch nur deshalb, weil wir bisher unseren Gemeinden einen Finanzausgleich anbieten konnten, der weit über all das hinaus ging, was die anderen Flächenländer vermochten. Dann zu sagen, wir dürften nicht kürzen, weil die anderen auch nicht kürzten, ist doch wirklich das Allerletzte.

Meine Damen und Herren, das GFG liegt auf dem Tisch. Die SPD-Fraktion wird ihre Arbeit tun. Wir werden dieses GFG beraten. Wir hoffen sehr, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, endlich einmal mit konkreten Alternativen kommen.

(D)

(Aigner (SPD): Oder zustimmen!)

Dann würde uns diese ganze Diskussion Spaß machen. Wir werden unsere Arbeit nicht auf eine Kommission verlagern. Wir werden vielmehr den Auftrag erfüllen,

(Elfring (CDU): Und uns niederstimmen!)

den uns unsere Wähler gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr der Innenminister das Wort.

(Widerspruch des Ministers Dr. Schnoor)

- Nein?

(Minister Dr. Schnoor: Ich möchte erst nach den Fraktionen sprechen!)

(Präsident Denzer)

(A) - Selbstverständlich! Das können Sie gern tun.

(Elfring (CDU): Dann gibt es aber eine neue Runde!)

- Kein Problem!

Meine Damen und Herren, für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Wagner das Wort.

Wagner (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir der schwierigen Lage, in die wir Kommunalpolitiker zu dieser Stunde gestellt sind, bewußt. Wir kommen jedoch nicht umhin, im Interesse der Kommunalpolitik diese zweite Runde einzuläuten.

Vorab eine Vorbemerkung! Es kommt nicht darauf an, ob der eine oder andere Redner zu dieser Zeit noch hier steht, sondern darauf, der Kommunalpolitik den Wert beizumessen, der ihr gebührt. Deshalb sollten wir einmal überlegen, ob wir nicht den Landeshaushalt an einem und das Gemeindefinanzierungsgesetz am folgenden Tag, und zwar zu einer angemessenen Zeit, behandeln könnten. - Ich wollte Ihnen nicht etwa vorgreifen, Herr Präsident, glaubte jedoch, diese Vorbemerkung machen zu dürfen.

(B) Herr Kollege Wilmbusse hat mich in eine außerordentliche schwierige Situation gebracht. Zwar habe ich die von mir vorbereiteten Ausführungen gekürzt; ich muß aber doch etwas umfangreicher auf den Rundumschlag des Kollegen Wilmbusse eingehen:

Was Sie vorschlagen, Herr Wilmbusse, können wir natürlich alles tun: Wir können demnächst schon die Anträge zum Gemeindefinanzierungsgesetz austauschen, bevor die Regierung das GFG überhaupt erst eingebracht hat. Heute bei der ersten Lesung findet eine politische Grundsatzdiskussion statt. Sie bringen hier gar nichts als Auffassung der SPD, sondern kündigen nur vage an, vielleicht würde im Laufe des Jahres bei den Investitionskosten etwas nachgeholt. Da ist der Kollege Stump seitens der CDU-Fraktion für die Kommunalpolitiker doch sehr viel härter eingestiegen; er hat geäußert: Diese 23 v. H. tragen wir nicht mit. Wenn Sie also schon gewichten, muß man feststellen, daß Herr Stump hier mehr Profil gezeigt hat und eher ernst zu nehmen ist, als das für Sie gilt, Herr Kollege Wilmbusse. Aber ich bleibe dabei: Das ist nicht üblich; darüber wollen wir in der zweiten Lesung beraten.

Herr Kollege Wilmbusse, ich mag Sie immer noch, obwohl mir einiges von dem, was Sie

gesagt haben, gar nicht gefallen hat. Darauf will ich zuerst einmal eingehen: (C)

Sie haben gesagt, Gemeinden klagen nicht. Darauf muß ich erwidern: In welchen Kreisen verkehren Sie eigentlich?

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich komme auch viel herum. Dabei will ich nicht auf die Spitzenverbände zu sprechen kommen, mit denen gestern ein vertrauliches Gespräch geführt wurde; darüber will ich nicht reden, weil ich das Vertrauen nicht mißbrauchen möchte. Ich verkehre auch mit Sozialdemokraten, mit Christdemokraten, mit Freidemokraten aus den Kommunen, und da höre ich überall, daß sie kein Verständnis dafür haben, daß diese Landesregierung den Verbundsatz zu Lasten der Gemeinden so stark kürzt.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- Ich lese Ihnen das jetzt vor, Herr Minister; dann wissen Sie es. Das paßt zu der Ruhrgebietsdebatte, zu der Mentalität der Leute, die dort leben. - Da hat in Gelsenkirchen vorgestern der Finanzausschuß getagt. Darüber berichtet eine Gelsenkirchener Zeitung, aus der ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten kurz zitieren will. In den "Ruhr-Nachrichten", die Ihnen von der SPD nicht so nahe stehen, wird über diese Finanzausschußsitzung berichtet, und zwar wörtlich wie folgt: (D)

... daß es der Stadt kaum möglich sein dürfte, mehr als 15 Millionen DM einzusparen.

- Die haben ein Defizit von 45 Millionen. -

Da bleibt nur noch der Appell an die Landesregierung. Allerdings wollen SPD und Verwaltung

- beide sind ja im Ruhrgebiet gleichgeschaltet! -

nicht allzu heftig um Hilfe rufen, um den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau nicht in Bedrängnis zu bringen.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Sehen Sie, da wird es wenigstens noch offen gesagt. Soweit können Sie dem Herrn Rau wirklich nicht entgegenkommen, ihm auch noch den Weg zu ebnen, indem Sie die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zugrunde gehen lassen, Herr Wilmbusse!

(Dr. Linssen (CDU): Ja, der Filz, der Filz! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Wagner (CDU))

- (A)** Hier wäre etwas mehr Redlichkeit besser angebracht.

Sodann sagen Sie: Hört doch einmal endlich mit der einen Milliarde auf - es sind mehr als 900 Millionen DM. - Herr Wilmbusse, das können Sie berechnen, wie Sie wollen! Jeder Kumpel, dem morgen durch Tarifvertrag 10 % seines Lohnes weggenommen werden, dem im nächsten Jahr noch einmal 5 % genommen werden und dann wieder 2 % -, wenn Sie an seiner Stelle wären, dann würden Sie doch, wo Sie gerade stets den Schulterschuß zum DGB suchen, im Jahre 1988 nicht sagen, das seien jetzt nur 2 %, sondern Sie würden alles zusammenrechnen und sagen: Es sind 17 %. - Also ist es doch redlich, zu erklären: Hier wird den Gemeinden im Jahre 1986 eine Milliarde weggenommen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der CDU: Ja, immer redlich bleiben!)

Ich finde es schon etwas lächerlich,

(Hardt (CDU): Ehrlichkeit währt am längsten!)

wenn Sie dann auch noch fragen: Wollt ihr den Gemeinden auch noch mehr geben? Wie verhält sich das denn mit der Schuldengrenze? - Auf der anderen Seite verlieren Sie aber kein Wort darüber, daß in der Staatskanzlei ein Wahlkampfteam gebildet wird - auf Kosten unserer Steuerzahler!

- (B)** (Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Dann stellt sich Herr Wilmbusse hier hin - ich schildere das einmal mit meinen Worten, diese erste Hälfte - und meint: Schulden haben die sozialdemokratischen Landesregierungen gemacht; nun seid ihr als Opposition an der Reihe, zu erklären, woher wir die Deckung bekommen. - Darauf muß ich erwidern: So wird alles auf den Kopf gestellt! So lassen wir mit uns nicht reden, Herr Kollege Wilmbusse.

In einem Punkt stimme ich mit Ihnen überein - das kann ich auch für meine Fraktion erklären -: Unter den schlechten Erfahrungen mit dem Wegfall der Lohnsummensteuer, der noch unter Helmut Schmidt erfolgte, wobei sich damals aber alle einig waren, leiden wir Kommunalpolitiker, vor allen Dingen im Ruhrgebiet, heute noch sehr; wir leiden furchtbar darunter. Ob es die F.D.P.- oder die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist - bevor wir einer Veränderung des Steuersystems vor allem im gewerblichen Bereich überhaupt zustimmen oder eine solche Änderung zur Kenntnis nehmen, wollen wir aufgrund der von uns

gemachten schlechten Erfahrungen zuerst Sandkastenspiele machen, damit die Gemeinden in unserem Lande nicht noch einmal so hereinfallen, Herr Kollege Wilmbusse. Hier bin ich also mit Ihnen einer Meinung. **(C)**

Dann greifen Sie den Finanzminister an. Ich werde gleich noch auf den Innenminister zu sprechen kommen müssen. - Herr Evertz hatte das Verdienst, im vergangenen Jahr einen anderen Finanzminister zu zitieren. Aber Sie müssen sich doch einmal darüber einig sein, was jetzt in Bonn richtig ist oder nicht richtig. Sie können doch nicht erst einem SPD-Bundesfinanzminister beipflichten, der in einer Fragestunde erklärt: Fragen Sie mich bitte nichts zum Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden; dafür ist der Bundesfinanzminister gewiß nicht zuständig. - Damals haben Sie Beifall geklatscht. Heute ist der Bundesfinanzminister kein Genosse mehr, sondern Christdemokrat, und dann äußern Sie: Daran ist in jedem Fall Bonn schuld; dieser böse Herr Stoltenberg läßt die Kommunen im Stich!

Ich will jetzt noch kurz auf die Kommission eingehen. Was Sie dazu geäußert haben, Herr Kollege Wilmbusse, habe ich überhaupt nicht verstanden. Gleichgültig, welche Fraktion das veranlaßt, man sollte doch überlegen können, ob eine Sachverständigenkommission nicht Hinweise auf neue Strukturen eines künftigen GFG geben kann. Nach Wegfall der Aufstockung II hat dies der Minister gesagt, hat die SPD und hat die CDU es gesagt: Wir müssen uns das einmal überlegen. - Man kann doch keine Fraktion deswegen beschimpfen, wenn sie glaubt, sie sollte sich durch Sachverständige darüber beraten lassen, wohin der richtige Weg gehen soll. **(D)**

Hier sind Kommissionen auf Antrag sowohl der SPD als auch der CDU bereits gegründet worden. Hier zu sagen, man weiche der Arbeit aus, kann doch nicht zutreffend sein. Selbst wenn eine Kommission in dieser Angelegenheit tätig wird, wird doch einer Fraktion dadurch nicht die Arbeit genommen. Auch in diesem Punkt also sollte man ein wenig redlicher sein.

Herr Wilmbusse, ich will einen letzten Punkt ansprechen, dann lasse ich es sein: Es tut schon weh, wenn Sie schildern, wie Sie durchs Ruhrgebiet fahren und dabei den Eindruck gewinnen: denen in Düsseldorf geht es gut, und den Städten in der Emscher-Zone von Duisburg, Oberhausen, Bottrop und Herne bis Hamm gehe es schlecht. Und da fragt Herr Wilmbusse erst gar nicht, warum es denen schlecht geht; denn da gibt es ja die böse CDU, die diese Leute im Stich lassen

(Wagner (CDU))

- (A) will. - Ja, Herr Wilmbusse, wo leben wir denn eigentlich? Was ermächtigt Sie denn zu einer solchen Aussage? Das ist ja böseartig.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sollten sich einmal überlegen, ob Sie da die vielen engagierten Kommunalpolitiker der CDU und auch der F.D.P. nicht verleumden und sie in eine Situation bringen, als legten es die Christdemokraten an der Ruhr nur darauf an, die Leute zugrundegehen zu lassen!

Es stimmt doch nicht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, die CDU hätte jahrelang keine Alternativen gebracht. Die können wir Ihnen doch auflisten, und wir werden auch in diesem Jahr Alternativen bringen. Wir sind sogar bereit, Herr Wilmbusse - darum Sachverständigenkommission -, daran teilzunehmen und mitzuarbeiten, auch im Sinne der strukturschwachen Gemeinden, die unverschuldet in Not kommen, eine besondere Dotation zu machen. Wir haben doch nicht die Verfassungswidrigkeit begangen; die haben Sie mit Ihrer Mehrheit auf Vorschlag der Regierung begangen. Jetzt können Sie uns doch nicht die Schuld in die Schuhe schieben.

(Hunger (SPD): Wer hat denn geklagt?)

- Ach, wissen Sie, das ist ungefähr so, als wenn Sie, wenn ein Richter einen Mörder verurteilt, sagen: "Der böse Richter! Der Mörder war doch im Recht!" Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

(B)

Kollege Stump hat schon für meine Fraktion die wesentlichen Grundzüge des GFG 1986 aufgezeigt. Ich möchte mich daher zwei Problemen zuwenden, weil es sich da lohnt, einmal der Einbringungsrede des Innenministers, und dann möchte ich - nicht aufgrund der Aktuellen Stunde von heute morgen; denn meine Notizen sind älter - am Schluß einige Punkte des Ruhrgebietes ansprechen.

Als im August - was noch nie so früh geschehen ist - Herr Finanzminister Posser fast jeden Tag mit Behauptungen wie: "Den Gemeinden geht es gut!", "Die haben in der Regel ihre Konsolidierung abgeschlossen!" in der Zeitung erschien, da ging jedem Kommunalpolitiker die rote Lampe auf: Was will der? Dann haben wir gespürt, was er wollte: diese berühmte 2,5%ige Senkung des Verbundsatzes. Dagegen hat sich fast zur gleichen Zeit mit der Vorlage eines Berichtes über die Gemeindefinanzen 1985 Herr Schnoor als Kommunalminister gewehrt; aber das blieb im Geheimen, und er hat verloren. Herr Posser - das ist heute in der Debatte bestätigt worden - ist

der starke Mann. Ich gehe davon aus, daß der Kommunalminister mit dieser Niederlage leben kann, und das könnten wir auch noch verkraften, wenn nicht der gefledderte Herr Schnoor, indem er sich von Herrn Posser besiegen ließ, dazu beigetragen hätte, daß es nicht nur Herrn Schnoor, sondern auch unsere Gemeinden im nächsten Jahr verdammt hart trifft.

(C)

Die Konsequenz daraus war natürlich auch, daß Herr Schnoor in seiner Einbringungsrede - und ich bitte Sie, dies noch einmal nachzulesen - um die schwierigen Teile im wesentlichen herumgemogelt hat. Er hat polemisiert: Bonn ist an allem schuld, was wir im Moment hören! Zur Sache, warum es denn zu dieser Senkung gekommen ist, ist da nichts gesagt worden. Es wird von dem unwahrscheinlichen Sozialabbau durch die Bundesregierung Kohl gesprochen, und alles, was wir in den letzten Monaten erleben, wird unter dem demagogischen Schlagwort von der neuen Armut zusammengefaßt, obwohl wir alle wissen, daß diese neue Armut in Wirklichkeit die alte Armut ist, gegen die die SPD in Bonn 13 Jahre lang nichts getan hat.

Meine Damen und Herren, dagegen - ich will das ein bißchen ergänzen - hat die Bundesregierung Kohl einiges getan, was auch die Gemeinden entlastet. Da Sie ja immer davon reden, daß es den ganz engen Schulterschuß zwischen Ihnen und dem DGB gibt, will ich einmal - nicht alle - Fragen, die Norbert Blüm, der Bundesarbeitsminister, auf einer Tagung der Sozialausschüsse in Saarbrücken dem DGB gestellt hat - insgesamt 30 Fragen - vorstellen. Zwischenzeitlich hat der DGB geantwortet, und aus meinem Verständnis heraus darf ich sagen: Gott sei Dank, wir sprechen wieder miteinander! Ich möchte Ihnen also daraus einige Positionen vorlegen.

(D)

Norbert Blüm hat gefragt: Ist es gegen die Arbeitnehmer, daß von der Regierung entschieden wurde, daß es für arbeitslose Jugendliche wieder Kindergeld gibt? - Ich sage das deshalb, weil es auch auf die Sozialhaushalte positiv ausschlägt. - Der DGB: Wir begrüßen es, daß es für arbeitslose Jugendliche wieder Kindergeld gibt.

Norbert Blüm: Ist es gegen die Arbeitnehmer, daß von der Bundesregierung die Zahlung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose verlängert wurde? DGB: Wir begrüßen, daß das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose wieder verlängert wurde.

Norbert Blüm: Ist es gegen die Arbeitnehmer

(Widerspruch bei der SPD)

(Wagner (CDU))

- (A) - Ich gebe Ihnen alle 30 Fragen und die Antworten. Da können Sie einmal sehen, wie positiv der DGB diese Regierung behandelt.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Blüm: Ist es gegen die Arbeitnehmer, daß der Ehegattenfreibetrag und die Kinderfreibeträge bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe von der Bundesregierung verdoppelt werden? DGB: Wir begrüßen diese Regelung.

(Zuruf von der SPD: Nicht weiter vorlesen!)

Norbert Blüm: Ist es gegen die Arbeitnehmer, daß durch die Bundesregierung das Wohngeld durchschnittlich um 30 % erhöht wurde? DGB: Mit der Anhebung des Wohngeldes gleicht die Bundesregierung nur zum Teil die seit Jahren überfällige Anpassung an gestiegene Mieten aus.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie nur einmal: Wer war denn vor mehreren Jahren an der Regierung? Wen meint der DGB denn mit diesem Vorwurf?

Präsident Denzer: Herr Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reymann?

(Wagner (CDU): Aber gern!)

- (B) - Herr Abg. Reymann, bitte!

Reymann (SPD): Herr Kollege, sind Sie willens und bereit, uns hier die kompletten Antworten des DGB zu jeder Frage vorzulesen? Sind Sie mit mir der Meinung, daß Sie reichlich verkürzt und vereinfacht nur das als Antwort wiedergeben, was der DGB unter anderem gesagt hat, aber die Vorwürfe gegen Sie nicht dargestellt haben?

Wagner (CDU): Ich habe schon festgestellt, daß ich Ihnen die gesamten 30 Fragen und Antworten gern zur Verfügung stelle. Natürlich konnte ich nur einige herausgreifen. Aber die Fragen und Antworten, die ich zitiere, sind unverkürzt, sind vollständig, und ich sage noch einmal: Dieser DGB - ich bin ja dankbar - gibt dieser Bundesregierung einen so positiven Touch, daß man nur sagen kann: Herrlich, der DGB kommt wieder zur Sache zurück.

Aber ich bin noch nicht ganz fertig. Eine Frage möchte ich noch darstellen. Norbert Blüm: Ist es gegen die Arbeitnehmer, daß die Sozialhilfe durch die Regierung um 8 % gesteigert wurde? - Sie erinnern sich:

Farthmann, noch als Minister, wollte das gar nicht; nur auf Drängen der CDU ist es dann gekommen. Jetzt hören Sie bitte gut zu! DGB: Mit der Anhebung der Sozialhilfesätze am 1. Juli 1985 wird ein längst überfälliger Nachholbedarf nur teilweise korrigiert. Seit Jahren werden die Sozialhilfeleistungen nicht einmal mehr in Höhe der Preissteigerungen angepaßt. Die jetzige Erhöhung um 8 % kann den Rückstand der Einkommensentwicklung nicht ausgleichen. Das ist Politik gegen die Arbeitnehmer und gegen die Bezieher von Sozialhilfe.

Ich stimme dem DGB zu. Aber hier muß ich auch wieder fragen: Wen meint der DGB denn, wenn er "seit Jahren" sagt? Das geht doch voll zu Ihren Lasten, meine Damen und Herren, und Sie müßten selbst einmal mit sich zu Rande kommen, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Meine Damen und Herren, ich behaupte hier, daß durch diese Fragen und diese Antworten des DGB die Bundesregierung bescheinigt bekommt, daß sie eine hervorragende Sozialpolitik gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich behaupte weiter, meine Damen und Herren: Wenn jemals ein sozialdemokratischer Sozialminister in Bonn, wer das auch immer sein mag, eine solche auch nur halbwegs positive Sozialpolitik gemacht hätte, dann würden Sie heute noch wie Ihre roten Brüder früher in Amerika ums Feuer für diesen Häuptling tanzen.

(Hunger (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Mit Schwarzmalerei, meine Damen und Herren, machen Sie sich unglaubwürdig.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Sie stellen sich selbst ins Abseits, und Sie müssen damit rechnen, daß der Bürger in diesem Lande zunehmend fragt: Genossen, in welchem Land lebt ihr eigentlich?

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Das hat keinen Zweck, Herr Farthmann; das kommt hier nicht an. Da müssen Sie fragen.

Meine Damen und Herren, der Innenminister spricht weiter die Gesetzesbeschlüsse der Bundesregierung an. Herr Innenminister, ich meine, da müßten wir doch erst einmal der Redlichkeit halber über eine Vereinbarung sprechen, nämlich eine Vereinbarung zwischen

(C)

(D)

(Wagner (CDU))

- (A) dem Bund und den Ländern, den Umsatzsteueranteil der Länder für zwei Jahre um 0,5 % zu erhöhen. Die Bundesregierung ging davon aus - und viele Länder haben das auch getan -, daß dies auch den Gemeinden zugute käme.

(Minister Dr. Schnoor: Das machen wir auch!)

In Nordrhein-Westfalen ist es umgekehrt.

(Minister Dr. Schnoor: Nein!)

- Das stimmt doch nicht. Sie führen nichts ab, sondern Sie machen genau das Gegenteil: Sie kürzen den Verbundsatz,

(Zustimmung bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Das stimmt so nicht!)

und zwar auf Kosten der Gemeinden. Wenn das Argument nicht mehr zieht, dann wird - wie heute vom Kollegen Wilmbusse, aber auch in der Einbringungsrede von Herrn Schnoor - sofort ein zweites Argument vorgebracht, wieder gegen Bonn: Diese Steuerreform, das ist ja etwas ganz Schlimmes! - Erstens ist die Steuerreform nicht an allem schuld; das ist falsch. Richtig ist, Herr Minister Schnoor, daß trotz der Steuerreform des Bundes 1986 bei unverändertem Verbundsatz, also 25,5 %, sich die Steuerverbundmasse um 567 Millionen DM gegenüber 1985 - das sind 6,2 % mehr - erhöhen würde. Also, das Gegenteil ist der Fall!

- (B) Jetzt lassen Sie mich einmal offen sagen, meine Damen und Herren: Wir sprechen immer so salopp von den sogenannten heimlichen Steuererhöhungen. Sie sind, meine ich, von den Bürgern geleistet worden, in der Regel von denen, die wir alle als etwas sozial schwach hinstellen; dazu zähle ich auch meine kinderreiche Familie. Dann ist es doch unredlich zu sagen: Jetzt machen wir eine Reform, daß diese Überleistungen zurückkommen. Da ist es doch nur redlich zu sagen: Das bekommen die, die es auch bezahlt haben. - Wie sollen wir dem Bürger denn klar machen, daß wir das für die Schuldenlast des Landes verwenden sollen?

Die SPD spricht nun immer davon - das hören wir laufend -, die Rettung in dieser Situation sei die Auflage eines der vielen früher fehlgeschlagenen Beschäftigungsprogramme. Das kommt in Sonntagsreden vor, vom Ministerpräsidenten bis herunter in alle Ebenen. Aber gespart wird im GFG - und das wird vom Kollegen Wilmbusse auch noch gefeiert - bei den Investitionen. Ich glaube, es gibt in unserem Lande kein größeres Anti-Beschäftigungsprogramm als diese Kürzungen auf

Kosten der Städte, der Gemeinden und der Arbeitslosen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

So sieht die Wirklichkeit der SPD aus!

Nun spielt bei Herrn Wilmbusse und auch bei Herrn Schnoor - was ich noch mehr bedauere, wenn das beim Minister so ist - ja immer wieder die Aufstockung II eine Rolle. Wie war es? Wir haben uns nie - da müßte jemand aufstehen und schon aus einem Protokoll zitieren - dagegen gewandt, daß strukturschwache Gemeinden eine Sonderdotierung erhalten. Wir haben aber diese Form der Aufstockung II immer für rechtlich bedenklich gehalten. Jetzt klagen Städte, und dann wird denen unterstellt, sie hätten sich versündigt an der großen kommunalpolitischen Familie unseres Landes. Da geht der Minister noch hin und klagt über das, was die Richter da gemacht hätten. Im Volksmund bezeichnet man so etwas mit "Richterschelte". Für einen Kommunalminister, der auch etwas mit der Verfassung zu tun hat, finde ich das schon mehr als bedenklich.

Ich habe immer die Auffassung: Die Richter haben die Aufgabe, Recht zu sprechen. Nicht die Richter, sondern Sie, Herr Minister, und die Mehrheit hier im Hause haben gegen Recht verstoßen. Damit sind Sie und die Mehrheit hier im Landtag die Quertreiber, die gegen die große, einvernehmliche kommunale Familie in unserem Lande verstoßen haben. Handeln Sie, und zwar Rechtens, und dann darf ich Ihnen für unsere Fraktion sagen: Auch bei möglichen Versuchen, strukturschwachen Gemeinden zu helfen, haben Sie uns auf Ihrer Seite! (D)

Dann sagt der Minister weiter, jede dritte Mark des Landes gehe an die Gemeinden. Das wird gefeiert. Das ist aber falsch. Herr Posser - er ist leider nicht da - hat das heute morgen auch gesagt. Dann müßten Sie doch auch einmal sagen, was das Land vorher schon aus den Gemeinden herausnimmt. Ich nenne nur wenige Beispiele: Krankenhausumlage, Reitergesetz, Fehlbelegerabgabe. Was noch viel wichtiger ist: Das, was sich als Folge der Aufstockung II und des Verfassungsgerichtsurteils ergibt, wird den Gemeinden jetzt auch noch aus der Tasche genommen, immerhin 179 Millionen DM. So sieht es aus, Herr Posser!

Der Innenminister führt in seiner Einbringungsrede an - ich zitiere wörtlich -:

Mit 7,2 Milliarden DM wird die Schlüsselmasse auf dem hohen Niveau des Jahres

(Wagner (CDU))

- (A) 1985 gehalten und damit weiterhin die höchste Dotierung der letzten zehn Jahre bleiben.

Auch das ist falsch. Erstens lagen wir 1980 darüber!

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hunger zu?

Wagner (CDU): Nein, ich möchte jetzt in meiner Rede bleiben.

Aber was noch wichtiger ist, meine Damen und Herren: Weshalb verschweigt der Innenminister, daß selbst die 7,2 Milliarden DM nicht das Niveau der Vorjahre halten? Ich verweise nur auf die Steigerung der Umlagen, auf die Sachkostensteigerungen. Was würde denn die Gewerkschaft ÖTV sagen, wenn Frau Wulf-Mathies erführe, daß dieser Innenminister, Sozialdemokrat, Veranschlagungen vornimmt, die keine Tarifvertragsänderung berücksichtigen? Da müßte doch Frau Wulf-Mathies jetzt mit roten Fahnen vor Ihr Haus treten! Wenn das ein CDU-Minister sagen würde: "Ich gehe davon aus, daß sich der Lohnbereich in der Tarifrunde 1986 überhaupt nicht bewegt", dann wären die Kameraden schon hier und hätten die Arbeit niedergelegt.

(Arentz (CDU): Und würden eine Revolution ausrufen!)

- (B) Vielleicht sind sie nach den schlechten Erfahrungen bei der Lufthansa etwas ruhiger geworden. - Also, insoweit trifft das auch nicht zu.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nur bitten: Geben Sie doch endlich zu, daß das Land auf Kosten der Gemeinden spart, und nicht erst in diesem Jahr! Und was noch schlimmer ist: Der Verbundsatz betrug 1981 28,5 %. 1982 wurde er auf 26,5 % gesenkt. 1983 bis 1985 betrug er 25,5 %, und 1986 soll er auf 23 % geändert werden. Wenn Sie das einmal vergleichen, stellen Sie fest, daß immer in wahlfreien Jahren geändert worden ist. Es gibt eine ganze Reihe von Kommunalpolitikern, die uns heute sagen: Die weitere Entwicklung steht fest. Der große Schluck aus der Pulle im Jahre 1986 erfolgt im Hinblick auf das Wahljahr 1987, denn - siehe Johannes Rau - da erfolgt nichts. Und wenn das Jahr 1988 wieder wahlfrei ist, dann ist zu befürchten, daß diese Landesregierung zu Lasten der Gemeinden den nächsten großen Schluck aus der gemeindlichen Pulle nehmen wird.

Ich habe gesagt, daß ich abschließend etwas zum Ruhrgebiet sagen möchte. Herr Minister, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede gesagt, daß die Ruhrgebietsstädte Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Hamm und Herne zusammen über wenig mehr Gewerbesteuererinnahmen verfügen als Düsseldorf. Das ist richtig. Aber man muß fragen: Wer hat denn das Ruhrgebiet da hineinschliddern lassen? Ich denke an viele Ruhrgebietsprogramme der Regierung, ich denke an viele Ruhrgebietskonferenzen. Eines ist übriggeblieben - das rechne ich Ihnen auch hoch an -, das ist der Grundstücksfonds Ruhr. Aber sonst ist alles verblaßt. Nichts ist im Ruhrgebiet gelaufen, nichts an Umstrukturierung.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist nicht die Frage des Geldes. Die qualifizierten Leute im Ruhrgebiet, die guten Unternehmer, die brauchen nicht unser Geld. Die brauchen auch nicht so sehr Technologien, worüber Herr Biedenkopf gesprochen hat. Die brauchen ein politisches Klima, und das ist nicht da. Wenn die Ruhrgebiets-SPD immer wieder Unternehmer und Mittelstand beschimpft und verleumdet, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß Investoren um das Ruhrgebiet einen Umweg machen und ihr Geld dort nicht anlegen. Ich kann Ihnen aus meiner Stadt ein simples Beispiel nennen.

CDU Oberhausen: Da spekuliert die "Westdeutsche Allgemeine" und sagt, da ist ein Wirtschaftsmann, der eventuell für die CDU für den nächsten Bundestag kandidiert. Alles Quatsch! Schnee von gestern! Schneller Kommentar der Sozialdemokratischen Partei Oberhausen: Wirtschaftsmann für die CDU Oberhausen - keine Sozialpolitik mehr in Oberhausen - Klassenkampfmethoden. Da darf man sich nicht wundern, daß die nicht nur weggehen, sondern an unserem Ruhrgebiet vorbeirennen. Das ist schlimm, was da immer wieder läuft.

Ich will noch Beispiele bringen - schade, daß Herr Zöpel nicht da ist -, woran deutlich wird, wie Sie mit den Menschen im Ruhrgebiet umspringen.

Erstes Beispiel. Am 11. Mai, einen Tag vor der Wahl, erklärt Herr Minister Zöpel in Kemnade, einem der fünf wunderbaren Revierparks, die wir haben: "Ich - Zöpel -, 20 Millionen fließen zur notwendigen Verbesserung der Revierparks ins Ruhrgebiet." Ich kann Ihnen die Unterlagen zeigen. Die Wahl ist vorbei. Die 20 Millionen DM kommen nicht. So etwas nennt man im Ruhrgebiet Wahlschwindel. Sie stehen auch nicht im Etat.

(A) Präsident Denzer: Herr Wagner, gestatten Sie, daß ich Sie kurz unterbreche. - Ich bitte die geschätzten Kollegen, ihre Gesprächsrunden aus dem Plenum nach draußen zu verlegen. - Ich bedanke mich bei Ihnen. Sie haben das Wort.

Wagner (CDU): Ich bedanke mich auch bei Ihnen, Herr Präsident. - So etwas nennt man Wahlschwindel. Im Etat 1986 steht keine müde Mark von diesen 20 Millionen. Sie lassen die Leute im Ruhrgebiet im Stich, sie brauchen sie nur, wenn Sie Wahlkampf machen.

Zweites Beispiel. Vor der Wahl bereitete der Kommunalverband Ruhr eine Werbekampagne für das Ruhrgebiet vor. Dem stimmen wir alle zu. Hervorragend! Nur, was dazwischenläuft: Vor der Wahl, auch darüber habe ich Gesprächsnotizen, wurde aus der Staatskanzlei - also Ministerpräsident Rau - signalisiert: "Lieber Kommunalverband, wenn du vor der Wahl etwas tun willst, dann nur in engem Schulterschluß mit der Staatskanzlei." Denn in der Staatskanzlei liefen damals die ersten Anfänge für das "Wir-Gefühl". Auch das stand in den vielen Gesprächen an: Wenn, dann muß das auch für die Sozialdemokratische Partei etwas bringen. Wenn Kommunalverband, dann unter "Wir-Gefühl". Das wurde verzögert, dann wieder unterstützt, man kam überein, alles wurde gemacht. Der KVR fing an.

(B) Und siehe da: Die Wahl ist gelaufen, Herr Rau läßt sich beim KVR nicht mehr sehen; die sehen nur noch seinen Rücken. Jetzt kämpfen sie um Gelder aus dem Landesetat, und die haben sie noch nicht. Diese Landesregierung hat, obwohl sie den KVR für Wahlkampfzwecke gebrauchen wollte, im Etat keine Mark dafür eingesetzt, so daß unser ehemaliger Kollege Kuhlmann sich jetzt an alle Landtagsabgeordnete wenden muß: "Nun gebt uns doch ein bißchen Geld." Das ist Ihre Solidarität mit den Menschen im Ruhrgebiet!

Nun lassen Sie mich schließen.

(Zuruf von der SPD)

- Wissen Sie, so saudumme Bemerkungen kann ich auch von da unten machen. Kommen Sie doch hierher, oder stellen Sie Zwischenfragen. Ich finde das nicht gut. Das ist auch so ein Stil. Da gibt es auch manche bei uns. Wenn einer sagt: "Ich komme zum Schluß", dann gibt es Beifall. Kommen Sie einmal hier herauf, dann mache ich das einmal. Dann kriegen Sie Hosenflattern. Ich bin schon zu lange hier, ich kriege das nicht mehr. Von mir aus können Sie weiter Zurufe von da unten machen. Schön finde ich das nicht."

(C) Herr Minister Schnoor endet mit seinen Bemerkungen zur Einbringung und sagt: "Gefragt ist ein langfristiges Vertrauen in die Steuerpolitik des Bundes." Ich sage dagegen: Das Wort dieses Bundeskanzlers gilt. Aber ich sage Ihnen auch, Herr Schnoor, für die Kommunalpolitiker an Rhein und Ruhr ist es noch viel wichtiger, daß das Land im Bereich seiner Zuweisungen an die Städte und Gemeinden kalkulierbar ist. Ich komme zu dem Ergebnis, daß diese Landesregierung in diesem wichtigen Punkt leider schon seit Jahren unberechenbar ist. Das ist die große kommunalpolitische Crux in unserem Land, vor der wir stehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Thulke das Wort.

Thulke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicher sind Sie mit mir der Meinung, daß die Kommunalpolitik einen sehr hohen Stellenwert hat. Doch ich möchte die angemessene zeitliche Behandlung nicht diesem Stellenwert entsprechend über längere Zeit ausdehnen, sondern mich kurzzufassen versuchen.

Mit Schaudern habe ich soeben die Geisterbahnfahrt des Kollegen Stump verfolgt. Nach "Würgegriffen der Landesregierung", "Papier Tigern", "Steuertreibern" und vielen anderen bösen Geistern, die hier mehrfach zitiert wurden, bin ich froh, Herr Kollege Stump, daß Sie da wieder heil herausgekommen sind. (D)

Nun zum GFG 86, das in diesem Jahr besonders intensiv behandelt werden muß. Es ist das erste Gemeindefinanzierungsgesetz in der neuen Legislaturperiode, und über ein Drittel der hier Anwesenden ist zum erstenmal bei einer solchen Beratung. Da ist es logisch, daß wir das dann besonders intensiv machen müssen.

Durch seine innere Struktur ist eine unmittelbare Anknüpfung an die Technik des GFG 1985 nicht möglich.

Durch Beschluß des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Juli 1985 - und das ist hier schon mehrfach angesprochen worden - ist die sogenannte Aufstockung II in Zukunft nicht mehr anwendbar. SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung hatten einen solchen Modus zur Berücksichtigung der Finanzkraft und Bedarfsunterschiede der nordrhein-westfälischen Kommunen geschaffen, um auch unter strukturellen Aspekten einen gerechten kommunalen Finanzausgleich gestalten zu können.

(Thulke (SPD))

- (A) Der Verfassungsgerichtshof hat diesen Weg nicht akzeptiert, so daß wir erneut vor dem Problem stehen, einen gangbaren Weg zu finden, der die bestehenden Unterschiede, die ja unbestritten sind, zwischen finanzschwachen, strukturell benachteiligten und finanzstarken Gemeinden einebnet.

Beeindruckt hat mich in diesem Zusammenhang die Aussage des Herrn Innenministers in der vorigen Woche bei der Einbringung des GFG, daß die Städte Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Hamm und Herne zusammen nur über wenig mehr Gewerbesteuererinnahmen verfügen als die Stadt Düsseldorf allein, obwohl die Zahl der Einwohner in diesen Städten dreimal so hoch ist.

Für eine zukunftsweisende Lösung sorgt sicherlich nicht die F.D.P. Während ihr Bundesvorsitzender - das wurde eben auch schon angesprochen - die Abschaffung der Gewerbesteuer langfristig fordert, während mit der größten Steuerreform aller Zeiten die Gemeinden endgültig ruiniert werden sollen, fordern ihre Kommunalpolitiker - wir haben das vor Ort gerade frisch erlebt - ständig mehr Geld. So einfach kann unter Umständen Politik sein. Es darf nur nicht alles am selben Tag in derselben Zeitung stehen.

Das Verfassungsgericht hat aber auch Lösungen aufgezeigt, die einen Rückgriff auf die klassischen Ausgleichsinstrumentarien im GFG nahelegen. Ansatzpunkte für die Gewährung einer angemessenen höheren finanziellen Hilfe für finanzschwächere Gemeinden sind denkbar:

- (B)
1. auf der Bedarfsseite, zum Beispiel bei der Berücksichtigung besonderer Aufgaben und Ausgaben - hierzu hat der Innenminister eine Arbeitsgruppe installiert, die mit der eben geforderten natürlich nichts zu tun hat, die noch im Jahre 1986 analytische Voraussetzungen vorlegen wird, die eine Überprüfung der Bedarfsrechnungen ermöglichen werden - ,
 2. auf der Seite der Steuerkraftberechnung über die Festsetzung der fiktiven Hebesätze sowie
 3. durch Veränderung der Ausgleichsprinzipien.

Außerdem kann durch Schaffung von Sonderansätzen, die es in anderen Bundesländern unbestritten gibt, zum Beispiel in Baden-Württemberg und Hessen sowie insbesondere in Schleswig-Holstein und Bayern - dort gibt es in etwa Aufstockung-II-ähnliche Regelungen -, ein weiterer Lösungsweg beschritten

werden. Für die vor uns liegenden Beratungen ist der Bericht des Innenministers über die Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Grundlage für eine sachorientierte Debatte. (C)

Ich möchte die Opposition aufrufen, gemeinsam mit uns intensiv zu beraten, mit Phantasie und Ideen, natürlich auch mit konkreten Vorschlägen, die wir heute leider immer noch vermißt haben. Die globale Forderung, den Verbundsatz nicht abzusenken, ist sicherlich zu wenig; es müßte gesagt werden, woher das Geld genommen werden kann. Wir müssen jedoch der Doppelstrategie - Sachlichkeit im Landtag, Polemik von außen; wir haben das ja durch eine Reihe von Veröffentlichungen heute noch feststellen können -, die hier so oft praktiziert wird, eine Absage erteilen. Landesregierung und SPD-Fraktion treten für eine starke kommunale Selbstverwaltung ein, die ihren Niederschlag in einer besonders kommunalfreundlichen Gestaltung des Finanzausgleichs finden muß und findet:

Erstens: in der Höhe abhängig von der Entwicklung des Landeshaushaltes. Es sind eben mehrfach die Kernaussagen der Regierungserklärungen von 1980 und 1985 zu diesem Punkt durcheinandergeworfen worden.

(Frau Friebe (SPD): Das ist richtig!)

"In der Höhe abhängig von der Entwicklung des Landeshaushaltes" war die Aussage in der Regierungserklärung 1985. Man muß das einmal langsam lesen. (D)

(Zustimmung der Frau Abg. Friebe (SPD))

Zweitens: in dem Gebot einheitlicher Lebensverhältnisse in NRW. Das bedeutet einen politischen Entscheidungsspielraum für den kommunalen Finanzausgleich, der allerdings sehr bescheiden ist. Das muß ich zugeben.

Der Finanzausgleich ist deshalb auch ein Akt der Solidarität der Städte und Gemeinden untereinander, für den wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen besonders eintreten. Der kommunale Finanzausgleich hat dem Ziel zu dienen, die kommunale Aufgabenerfüllung zu sichern, die Finanzautonomie der Kommunen zu stärken sowie Leistungsunterschiede zu berücksichtigen.

Herr Kollege Wilmbusse hat schon darauf hingewiesen, daß der kommunale Finanzausgleich allein überfordert ist, wenn er die Steuerschwäche der strukturbelasteten Gemeinden und die Steuerausfälle für alle auf Dauer ausgleichen soll. Dies wurde vom

(Thulke (SPD))

- (A) Deutschen Städtetag in seinem Schreiben vom 16. September 1985 an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags ausdrücklich bestätigt. Sie erhielten diese Information als Zuschrift 10/77.

Es nutzt wenig, wenn die Bonner Regierung alle Gemeinden global gesehen reichrechnet. Der Rückgang der Nettokreditermächtigungen aller Kommunen von rund 10 Milliarden DM in 1984 auf einen rechnerischen Überschuß von etwa 3 Milliarden DM in 1985 hat eine einfache Begründung. In den letzten Jahren gab es kaum noch Überschüsse aus den Verwaltungshaushalten, die ja zur Berechnung der Schuldendienstgrenze dienen. Das ist überwiegend auf die Beschlüsse der Bundesregierung zurückzuführen, die eine Steuer- und Wirtschaftspolitik sowie eine Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten der Gemeinden betreibt.

Nordrhein-Westfalen kann nicht die Auswirkungen des sozialen Kahlschlags - und das ist unsere Meinung zur Sozialpolitik in Bonn - auf die Gemeindehaushalte oder die Einnahmeverluste durch Änderung der Steuergesetze durch den Bund ausgleichen. Ich darf als Beispiel den Anstieg der Sozialhilfeblastung durch die Aussteuerung von Arbeitslosen aus der Förderung der Arbeitsämter anführen. Von 1981 bis 1984 stiegen diese in Dortmund um 187 %.

(Frau Friebe (SPD): Hört, hört!)

- (B) in Essen um 264 % und in Oberhausen um 335 %. Gleichzeitig machte die Bundesanstalt für Arbeit eben durch diese gesetzlich veränderten Vorgaben Milliardenüberschüsse.

(Zustimmung der Frau Abg. Friebe (SPD))

Das ist die Wende, meine Damen und Herren, und das haben inzwischen auch die Bürger im Lande erkannt.

Vor diesem Hintergrund erfüllt schon der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 in seinen prägenden Merkmalen wichtige Voraussetzungen für einen gerechten Finanzausgleich:

Die Höhe der für die kommunale Leistungs- und Investitionsfähigkeit ausschlaggebenden Schlüsselzuweisungen bleibt gegenüber 1985 unverändert. Sie haben das ja hier mehrfach angesprochen.

Die Verbesserung der Schlüsselzuweisungen gegenüber den Zweckzuweisungen gibt den Kommunen den schon immer gewünschten größeren Spielraum.

Die Anhebung der fiktiven Hebesätze wurde vom Kollegen Stump besonders dramatisch geschildert. (C)

(Frau Friebe (SPD): Der kennt das nicht!)

Er hätte dabei auch darstellen sollen, daß besonders süddeutsche Städte bereits seit Jahren mit der jetzt im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Höhe operieren, was natürlich zu merkwürdigen prozentualen Vergleichen führt.

(Dreyer (CDU): Aber die fiktiven Hebesätze haben ja eine völlig andere Funktion, Herr Kollege!)

- So ist es.

Die stärkere Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit bei der Aufteilung der Investitionspauschale entspricht einer immer wieder gestellten Forderung aus den sozial belasteten Kommunen. Der Verteilungsmodus, meine Damen und Herren, weist nach Meinung der SPD-Fraktion in die richtige Richtung.

Ich komme damit zum Schluß, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns mit der Arbeit beginnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. (D)

Ehe ich dem Herrn Innenminister das Wort erteile, möchte ich - ohne zu übersehen, daß wir keine Redezeitbegrenzung haben - darauf hinweisen, daß wir mindestens noch zweieinhalb Stunden parlamentarischer Debatte vor uns haben; denn wir haben nach diesem noch zwei weitere Tagesordnungspunkte zu behandeln. Ich wollte Sie bitten, sich darauf einzustellen, und wollte auch gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß der Geräuschpegel im Plenum nach zehn Stunden Debatte fast unerträglich ist. Ich bitte, dies bei Ihrer mühevollen Arbeit in den nächsten Stunden zu beachten.

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Dr. Schnoor, Innenminister: Ich weiß, meine Damen und Herren: Nach einer zehnstündigen Debatte ist es im Grunde eine Zumutung, noch etwas über die Kommunalfinanzen hören zu müssen. Ich bedaure mit dem Kollegen Wagner, daß wir über diese Fragen zu so später Stunde sprechen müssen.

Deswegen will ich mich auf einige wenige Sätze beschränken. Ich lasse einmal die ganze

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Polemik beiseite, die wir hier heute gehört haben. Ich glaube, es tut uns allen nicht gut, wenn hier ein Zerrbild des Landes und ein Zerrbild unserer Politik gezeichnet wird, statt daß wir uns den wirklichen Sachfragen zuwenden, und die Sachfragen sind ernst genug und erfordern unsere ganze Kraft, um sie zu lösen.

(Soënius (CDU): Das ist dann keine Polemik!)

Zu einigen Punkten! Herr Stump, Sie haben mir unterstellt, mit der Veränderung der Datenbasis bei der Investitionspauschale - daß nämlich die Verteilung der Investitionspauschale von den Arbeitslosendaten des Jahres 1984 ausgeht - wollte ich irgendwelche Gemeinden bevorzugen. Der Grund ist ganz einfach. Es ist genau derselbe Grund wie der, daß wir die Referenzperiode verschoben haben, damit die Gemeinden, wenn sie die Haushalte aufstellen müssen, genau wissen, was sie vom Land bekommen können. Das ist der einzige Grund. Ich weiß, daß dies auch von den Kommunalpolitikern so gewünscht wird. Ich weiß auch, daß in diesem Jahr der Haushalt sehr spät vorgelegt wird; aber in den kommenden Jahren wird sich dies ändern. Ich habe hier überhaupt keine Manipulation vor, sondern es geht ausschließlich darum, den Gemeinden die Chance zu geben, bei der Aufstellung ihrer Haushalte in Mark und Pfennig zu wissen, was sie vom Land zu bekommen haben und was sie vom Land bekommen. Darauf legen auch die Kämmerer und die Ratsmitglieder Wert.

(B)

Nächster Punkt: Hebesätze. Natürlich fällt es mir auch nicht leicht, eine Anhebung der fiktiven Hebesätze vorzuschlagen. Ich lasse auch einmal die ganze Diskussion beiseite, wie sich die Hebesätze auswirken. Der Grund, weswegen wir die Hebesätze angehoben haben, liegt ausschließlich darin, daß ich eine Ersatzlösung für die nicht mehr verfassungsgemäße Aufstockung II gesucht habe. Das ist ausschließlich der Grund! Und da muß man sich nun entscheiden: Entweder will man eine Ersatzlösung - und ich glaube, Herr Wagner hat das so zum Ausdruck gebracht -; dann bleiben Ihnen nicht viele andere Instrumente. Und ein wichtiges Instrument ist die Anhebung der Hebesätze.

Sie haben davon gesprochen, man könnte den Arbeitslosenansatz als Nebenansatz bringen. Da sagen zum Beispiel Fachleute, die gegen die Aufstockung II geklagt haben, das sei nicht zulässig. Ich will das jetzt gar nicht vertiefen. Ich sage Ihnen nur: Wenn Sie eine Ersatzlösung für die Aufstockung II haben wollen, dann kommen Sie um solche Lösungen

wie die Anhebung der Hebesätze nicht herum. Sie müssen sich also hier entscheiden. (C)

Ein nächster Punkt! Sie haben mir vorgehalten, ich hätte bei der Darlegung der Einnahmeverluste und der Ausgabenerhöhungen für die Gemeinden verschwiegen, daß sie im nächsten Jahr insgesamt rund 400 Millionen DM mehr an Steuereinnahmen haben. Ich kenne doch meine eigenen Orientierungsdaten! Natürlich ist es richtig, daß die Gemeinden 1986 gegenüber 1985 400 Millionen DM insgesamt mehr haben. Es wäre ja auch schrecklich, wenn es keine Zuwächse gäbe; denn - und da liegt doch das Problem! - die Ausgaben wachsen hier zwangsläufig. In denselben Orientierungsdaten steht nämlich auch, daß bei den Personalausgaben ein Zuwachs von 470 Millionen DM und bei der Sozialhilfe ein Zuwachs von 642 Millionen DM enthalten ist. Dies hängt nicht zuletzt mit den Verwerfungen zusammen, die wir dadurch bekommen haben, daß die Lasten von Nürnberg auf die Gemeinden abgeschoben werden. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich will das jetzt wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht vertiefen.

(Dreyer (CDU): Das ist doch übertrieben, was Sie jetzt sagen!)

Ein weiterer Punkt: Sie haben die differenzierte Analyse der kommunalen Haushalte gelobt, die ich vorgelegt habe. Ich fände es gut, wenn Sie die Erkenntnisse, die man hieraus gewinnen kann, auch den Herren Parlamentarischen Staatssekretären Waffenschmidt und Voss vorlegten und zur Kenntnis brächten. Diese gehen nämlich bei ihren ganzen Rechnungen davon aus, daß es den Gemeinden gut geht. Auch hier, meine Damen und Herren, müssen Sie sich entscheiden. Entweder geht es den Gemeinden gut, wie die Herren Voss und Waffenschmidt behaupten, die nämlich sagen, daß diese Mehreinnahmen in Milliardenhöhe hätten. Dann dürfen Sie sich nicht gegen eine Verbundsatzsenkung wenden und auch nicht vom Land mehr fordern. Oder es geht den Gemeinden und dem Land nicht gut. Dann muß man sehen, ob der Ausgleich richtig ist. Aber Sie können nicht auf der einen Seite, insbesondere von der Bonner Seite her gesehen, sagen, den Gemeinden gehe es gut; gleichzeitig aber wird gesagt, bei den Gemeinden dürfe nicht gekürzt werden.

(D)

Ein weiterer Punkt, den Sie berücksichtigen müssen: Die Disparität, die wir bei den Steuereinnahmen haben, macht deutlich, daß mit unserem Gewerbesteuersystem, unserem Steuersystem etwas nicht mehr in Ordnung ist. Das hat jetzt nichts mit der Frage zu

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) tun, ob das Land nun genug für das Ruhrgebiet getan hat oder nicht. Lassen wir das alles einmal beiseite! Es kann doch nicht richtig sein, daß ausgerechnet in den Gemeinden, die strukturbelastet sind - Oberhausen, die ganze Emscherzone -, wo auch noch die Hauptprobleme liegen - Altlasten -, niedrige Steuereinnahmen zu verzeichnen sind. Wenn das so ist, müssen wir doch gemeinsam etwas dafür tun, um die Steuereinnahmen der Gemeinden zu verbessern. Dann können wir doch nicht darauf verweisen, daß die Schlüsselzuweisungen entsprechend hoch sein müssen, sondern die Steuereinnahmen müssen stimmen. Die Gemeinden dürfen mit diesen Schlüsselzuweisungen nicht abhängig vom Land werden.

(Wagner (CDU): Darum habe ich das Thema angesprochen!)

Darum geht es mir. Das sollten wir etwas deutlicher herausstellen.

Wenn über Verbundsatzsenkung und über die Haushaltslage des Landes gesprochen wird, müßten wir dann nicht auch ehrlicherweise alle sagen: "Einerseits liegen die Probleme in unseren Kohle- und Stahllasten."? Sie liegen sicherlich auch bei einigen anderen hausgemachten Problemen, Herr Wagner; das bestreite ich überhaupt nicht. Dabei entscheidet man die politische Frage natürlich je nach dem Standort anders.

- (B) Als ich darüber einmal vor Kriminalbeamten sprach, die mir vorhielten, ich solle doch dafür sorgen, daß sie tausend Stellen mehr bekämen, und ich dann sagte: "Wir sind nicht in der Lage, das zu finanzieren, und sicherlich sind auch einige Probleme hausgemacht", bekam ich großen Beifall. Als ich dann aber sagte: "Dabei wird mir vorgehalten, daß z. B. unsere Personalkosten zu hoch sind und daß beispielsweise lediglich Nordrhein-Westfalen und Berlin die Kripobeamten nur in den gehobenen Dienst einstellen und keinen mittleren Dienst haben", war natürlich Schweigen. Selbstverständlich gibt es solche Dinge. Darin liegt nicht das ganze Problem des Haushalts. Außerdem haben nur wir eigentlich ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in dieser Höhe.

Wenn man die Haushaltsmisere beklagt, wenn man sagt, die Gemeinden müßten mehr bekommen, dann muß man solche Dinge abschaffen, oder man darf sich nicht beklagen.

Ich meine hingegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: So schwer es mir auch fällt, einen Haushalt vertreten zu müssen, in dem die Finanzzuweisungen für die Gemeinden gekürzt

worden sind, so sehr meine ich, es hätte uns allen besser angestanden, das schon vorher zu tun, und zwar wesentlich früher. Wir wären dann nämlich etwas leistungsfähiger gewesen und hätten auch mehr Sicherheit gehabt. Möglicherweise hätten wir dann nicht solche einschneidenden Maßnahmen ergreifen müssen, wie wir es jetzt getan haben.

Ein allerletztes Wort zu den Kürzungen bei den Gemeinden. Wir zahlen den Gemeinden im Jahre 1986 13,183 Milliarden DM. 1985 sind es 13,428 Milliarden DM. Das ist eine Differenz von 245 Millionen DM, die die Gemeinden weniger bekommen. Es ist unsinnig, eine Als-ob-Rechnung aufzustellen, etwa eine Rechnung von der Art: Was wäre, wenn der Verbundsatz nicht gesenkt worden wäre? Das ist deshalb unsinnig, weil wir es nämlich bei dem GFC mit einem Jahresgesetz zu tun haben.

(Stump (CDU): Leider!)

- Nein, nicht "leider"; das muß so sein. Es muß nämlich Jahr für Jahr nachgerechnet werden, ob die finanzielle Leistungskraft des Landes es verträgt, einen Verbundsatz von 23 % oder 25 % oder was auch immer vorzusehen, oder nicht. Das muß Jahr für Jahr festgelegt werden, so wie das auch andere Länder tun. Rheinland-Pfalz z. B. hat den Verbundsatz um 2 1/2 Punkte gesenkt. Das kritisiere ich jetzt gar nicht.

(Stump (CDU): Aber auch gleichzeitig bei Zweckzuweisungen entfrachtet!)

- Das mag ja alles sein. Das muß jedes Land für sich machen. Wir können nicht auf andere Länder verweisen. Nur hat es doch keinen Sinn zu sagen, was gewesen wäre, wenn. Dann hätten wir 1 Milliarde DM in der Kasse mehr gehabt. Sie müssen davon ausgehen, daß es 245 Millionen DM weniger sind. Dabei handelt es sich im wesentlichen um zwei Positionen. Das eine sind die Schulbaumittel, die gekürzt worden sind. Dazu meine ich - aber darüber werden wir noch diskutieren -, daß sie trotzdem ausreichen, insbesondere deshalb, weil Verpflichtungsermächtigungen in ausreichender Höhe vorhanden sind.

Das zweite Problem ist die Investitionspauschale. Diese tut den Gemeinden weh, und sie tut auch mir weh. Das sind 170 Millionen DM. Wenn jetzt in einigen Städten gesagt wird: "Jetzt haben wir in bezug auf die Investitionspauschale soundsoviel weniger" - ich denke z. B. an Wuppertal; dazu hat der Kollege Lichtenberg gesagt: "Vorher hatten wir 17 Millionen DM, jetzt haben wir nur noch

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) 2 Millionen DM" -, so hängt das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht mit diesen 170 Millionen DM zusammen, die es weniger gibt, sondern in erster Linie damit, daß wir über den neuen Verteilungsmechanismus die Finanzausweisungen eher den finanzschwächeren Städten geben möchten als den finanzstarken Städten. Dieses Ziel müssen wir gemeinsam vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns also die Diskussion hier ehrlich führen! Ich sage: Selbstverständlich gibt es auch hausgemachte Probleme im Landeshaushalt. Dann müssen wir aber gemeinsam sagen, wo etwas weggenommen werden soll. In diesem Fall können wir nicht einfach sagen: "Der Verbundsatz darf nicht gekürzt werden." Oder Sie müssen sagen: "Wir müssen bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei diesem oder jenem kürzen." Nur, das habe ich von Ihnen bisher nicht gehört. Solange Sie dieses nicht sagen, ist die Diskussion nicht redlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Nagel (CDU): Schimpf doch nicht so!)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Elfring (CDU): Das ist aber bedauerlich.)

(B)

Ich darf deshalb die Beratung schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986, Drucksache 10/450, abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgabenansätze in Titelgruppen und Sachgruppen sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgt. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist so beschlossen.

Ich lasse nun abstimmen über die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1985 bis 1989.

(Hardt (CDU): Die stimmt ja doch nicht.)

Wer der Überweisung dieser Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

(C)

Wir stimmen nun über die Überweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986, Drucksache 10/452, ab. Wer der Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt Punkt 4 unserer Tagesordnung auf:

Novellierung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/480

Zum Antrag der SPD-Fraktion liegen zwei Änderungsanträge vor, und zwar mit Drucksache 10/504 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/510 ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Beide Anträge werden in die Beratung einbezogen.

Zur Begründung des Antrags der SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Farthmann das Wort.

(D)

Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat den vorliegenden Antrag eingebracht, weil ein Signal aus Nordrhein-Westfalen erforderlich ist. Die Bundesregierung muß wissen, daß der nordrhein-westfälische Landtag alle Pläne zur Novellierung des § 116 AFG ablehnt, weil damit massiv in die Tarifautonomie eingegriffen und der soziale Friede aufs schwerste gefährdet wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit ihrem Versuch, den sogenannten Streikparagrafen des Arbeitsförderungsgesetzes zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu ändern, hat die Bundesregierung offensichtlich die dritte Phase ihres Kampfes gegen die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Sozialordnung in der Bundesrepublik eingeleitet.